

---

**Protokoll**

Sitzung Nr. 5  
 Datum **Mittwoch, 19. Mai 2010**  
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 22.00 Uhr

---

Vorsitz	Andreas Byland	FDP 1
1. Vizepräsident	Mirjam Veglio	SP 1
StimmzählerIn	Klaus Jost	SVP 1
	Nicole Zeiter	SP 1
Mitglieder	Markus Dietiker	
	Hannah Einhaus	
	Beat Nydegger	
	Hans-Jörg Rhyn	
	Peter Traber	
	Elisabeth Wendelspiess	SP 6
	Peter Bähler	
	Hans Peter Baumann	
	Marianne Baumann	
	Markus Burren	
	Marianne Pfister	
	Bettina Ritter	
	Armin Röthlisberger	SVP 7
	Heinz Buser	
	Ulrich Bütikofer	
	Adrian Gehri	
	Ralph George	
	Urs Julmy	
	Markus Lötscher	
	Marc Müller	FDP 7
	Thomas Ackermann	
	Denise Mellert	
	Adelheid Pfyl-Blättler	CVP 3

	Pierre-Yves Crettenand Roland Stucki Annemarie Zingg Thomas Winkler	EVP 4
	Anne-Lise Greber-Borel Christoph Merkli Marceline Stettler Edith Vanoni-Rempfler Bruno Vanoni	GFL 5
	Toni Oesch	FdU 1
		<hr/> <u>37</u>
Abwesend	Johanna Thomann	FDP 1
	Martin Kocher	SP 1
	Elisabeth Aebi-Lehmann	SVP 1
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Joseph Crettenand Liselotte Huber-Affolter Sabine Huber-Spari Edgar Westphale	
Abwesend	Michel Cotting	
Beigezogen	Daniel Bichsel, Finanzverwalter, Traktandum 54	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Yves Marti, Gemeindeschreiber-Stv.	
Anzahl Zuhörende	6 (+ 2 Medien)	

## Geschäfte

52	Pro Protokoll <b>Protokoll vom 28. April 2010</b>	<b>166</b>
53	1.59. Verwaltungsbericht Gemeinde <b>Verwaltungsbericht 2009; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarischer Vorstösse)</b>	<b>167</b>
54	25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde <b>Jahresrechnung 2009 inklusive Nachkredit für zusätzliche Abschreibungen; Genehmigung</b>	<b>181</b>

---

55	1.92.1 Motionen	
	<b>Vermeidung von unechten Motionen (Motion Hans Peter Baumann)</b>	<b>189</b>
56	33.133. Verkehrsberuhigungsmassnahmen	
	<b>Sanierung Wahlacker- und Schulhausstrasse; Abrechnung Verpflichtungskredit</b>	<b>195</b>
57	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	<b>Einfache Anfrage Hans Peter Baumann betreffend koordinierter Aushang der Wahlplakate; Antwort</b>	<b>196</b>
58	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	<b>Einfache Anfrage Toni Oesch betreffend Umbau des Verwaltungsgebäudes; Antwort</b>	<b>197</b>
59	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	<b>Einfache Anfrage Armin Röthlisberger betreffend Tischtennistisch bei Türmlischulhaus; Antwort</b>	<b>199</b>
60	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	<b>Einfache Anfrage Hans Peter Baumann betreffend " Ist der Wasserverbund Regio Bern AG wirklich auf Kurs?"</b>	<b>199</b>
61	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	<b>Einfache Anfrage Toni Oesch betreffend Verwaltungsbericht 2009 (Kapitel 3 Bau) hinsichtlich Mobilfunkanlagen und Kreisel Kreuz und Bären.</b>	<b>200</b>

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Der Protokollführer

---

## Verhandlungen

Präsident: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Pressevertreter und werte Gäste. Es ist bereits wieder soweit, nach nur 3 Wochen Unterbruch folgt heute bereits die nächste GGR-Sitzung. Das letzte Mal haben wir Ende April getagt jetzt haben wir Mitte Mai. Dafür haben wir bis zur nächsten Sitzung, aufgrund der Fussball-WM, eine etwas längere Pause. Die nächste Sitzung wird am 30. Juni 2010 stattfinden. Ich begrüsse als Sachverständigen zur heutigen Sitzung, Daniel Bichsel, Finanzverwalter, zum Traktandum 54. Ich gebe nun die Entschuldigungen bekannt. Vom Gemeinderat hat sich Michel Cotting entschuldigt. Aus dem Parlament sind Johanna Thomann (FDP) und Martin Kocher (SP) entschuldigt. *Aus dem Rat wird angefügt, dass Elisabeth Aebi-Lehmann (SVP) auch entschuldigt ist.* Frau Elisabeth Aebi-Lehmann ist auch entschuldigt.

Somit geht die Rechnung auf, es sind 37 Ratsmitglieder anwesend. Demzufolge kann ich Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

---

## Mitteilungen des Präsidenten

Präsident: Auf euren Pulten findet Ihr folgende Unterlagen: Das braune Informationsblatt betreffend Besichtigung von historischen Gebäuden in unserer Gemeinde, die Antworten zu den einfachen Anfragen, welche an der letzten GGR-Sitzung eingereicht worden sind. Dies sind die einfachen Anfragen Hans Peter Baumann, Toni Oesch und Armin Röthlisberger.

---

## Mitteilungen des Gemeinderates

Edgar, Westphale, GFL: Ich habe zwei Sachen zu erzählen. Einerseits betrifft dies Police Bern. Wir sind Mitte April, zwecks Besprechung des Quartalsberichtes, mit der Polizei zusammengekommen und haben besprochen, wie das neue Modell angelaufen ist. Die Polizei hat uns ihr Reporting-System vorgestellt. In den ersten 3 Monaten sind rund 600 Stunden für die Gemeinde Zollikofen aufgewendet worden. Wir haben bei der Kantonspolizei 1'440 Stunden pro Jahr eingekauft. Nun sind 600 Stunden verbraucht worden. Dies liegt etwas über dem Schnitt. Das wurde aber bewusst so ausgestaltet. Wir wollten beim Start von Police Bern eine grosse Polizeipräsenz haben. Wir haben keine negativen Reaktionen aus der Bevölkerung erhalten, dass sich die Situation verschlechtert hat. Es sind aber auch keine Meldungen eingegangen, dass sich die Situation verbessert hat. Ich werte dies aber als positiv. Man muss aber auch bedenken, dass es im Januar bis März eher kalt ist, und dass sich in dieser Zeit noch nicht sehr viele Leute abends draussen aufhalten. Wenn Probleme auftauchen sollten, wäre dies tendenziell eher im Sommer. Darum sind wir gespannt, wie sich dieses Projekt weiterentwickeln wird. Der zweite Punkt betrifft den Verkehr auf der Bernstrasse. Wenn ihr abends um 16.30 oder 17.00 Uhr die Bernstrasse benützt, konntet ihr feststellen, dass diese sehr stark befahren ist. Dies aufgrund der Baustelle "Stadt tangente Bern". Wir haben verschiedene Anfragen aus der Bevölkerung und dem Gewerbe erhalten, ob es nicht möglich wäre, bestimmte Strassen zu öffnen bzw. zu schliessen. Eine Anfrage bezog sich auf die Öffnung des Hübeliweges. Der Verkehr könnte dann über den

Kreuzsusten fliesen. Ein zweites Begehren forderte die Öffnung des Tannenrains, wenn doch schon die Reichenbachstrasse gesperrt ist. Ich habe die beiden Begehren, in Zusammenarbeit mit der Polizeichefin, geprüft. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir diesen beiden Begehren nicht nachkommen werden. Wir möchten die Bevölkerung im Bereich des Hübeliweges und des Tannenrains schützen. Der Tannenrain wird ausserdem als Schulweg genutzt. Ich selbst habe diesen, als ich noch zur Schule ging, genutzt. Deshalb werden wir diesen nicht öffnen. Mehrere Anfragen bezogen sich ausserdem auf die Känelgasse, Waldeckstrasse und die Grabenstrasse. Nun ist dieser "Schleichweg" offen. Die Anwohner der Känelgasse haben gefordert, dass diese umgehend geschlossen wird. Auch diesem Begehren sind wir nicht gefolgt. Wir belassen alles beim Alten. Ich habe noch einen dritten Punkt. Beim Vorhaben "Tempo 30" warten wir noch immer auf den Entscheid des Verwaltungsgerichts bevor wir weiterarbeiten können.

Heinz Buser, FDP: Darf man dazu Fragen stellen?

Präsident: Nein, eigentlich nicht.

Präsident: Damit kommen wir zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist euch mit Datum vom 30. April 2010 zugestellt worden. Wird eine Abänderung der Reihenfolge der Traktanden gewünscht? Ist nicht der Fall. **Dann betrachte ich die Traktandenliste, so wie sie euch publiziert worden ist, als genehmigt.**

---

52 Pro Protokoll

### Protokoll vom 28. April 2010

Präsident: Wird hier das Wort verlangt?

Edith Vanoni, GFL: Auf Seite 142 ist bei meinem Votum der letzte Satz nicht korrekt wiedergegeben worden. Ich werde diesen Satz nun korrekt vorlesen: "Es soll eine Ansprechperson aus dem Kreis der Schulleiterinnen und Schulleiter bestimmt werden. Diese Person ist das Sprachrohr für die Gesamtschulleitungskonferenz und übernimmt auch die Koordination für dieses Gremium." So habe ich dies gesagt, und nicht so wie es im Protokoll steht.

Präsident: Wir nehmen dies so zur Kenntnis und überprüfen es noch mit den Tonbandaufzeichnungen. Anschliessend ist es im nächsten Protokoll entsprechend vermerkt.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Auf Seite 151 oben, am Schluss meines Votums ist zu korrigieren: " Es fällt nur Absatz 2 weg, wie es die SVP ursprünglich beantragt hat." Nicht die SP hat dies beantragt. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Präsident: Wir werden dies entsprechend vermerken.

Hannah Einhaus, SP: Auf Seite 147, in der dritten Zeile meines Votum. Ich habe hier fälschlicherweise von Klassenzusammenkunft geredet. Es ist darauf aufmerksam gemacht worden. Allenfalls könnte man nach dem Votum von Markus Burren noch aufführen, dass Elternabend gemeint war und nicht Klassenzusammenkunft.

Präsident: Das habe ich nicht verstanden, bitte noch einmal wiederholen.

---

Hannah Einhaus, SP: Nach dem Votum von Markus Burren soll eingefügt werden: "Ja, ich meinte Elternabende."

Präsident: Ich verstehe, dass die Antwort nicht vermerkt ist. Auch dies werden wir prüfen und im heutigen Protokoll vermerken. Weitere Wortmeldungen?

Adrian Gehri, FDP: Auf Seite 116 wird zitiert, dass hinter der Stiftung ein Herr Tschopp steht. Es ist aber Herr Waser, welcher hinter dieser Stiftung steht. Herr Tschopp ist der Projektleiter. Herr Waser ist im fortgeschrittenen Alter und nicht Herr Tschopp.

Präsident: Weitere Hinweise zum Protokoll. Keine? **Somit erkläre ich das Protokoll vom 28. April 2010 als genehmigt.**

---

53 1.59. Verwaltungsbericht Gemeinde

**Verwaltungsbericht 2009; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarischer Vorstösse)**

Präsident: Eintreten ist bei diesem Traktandum aufgrund der Geschäftsordnung vorgegeben. Ich erteile der GPK das Wort.

Peter Traber, GPK: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, die GPK hat den vorliegenden Verwaltungsbericht entsprechend ihrem Auftrag geprüft. Wir danken der Verwaltung für die sorgfältige und gute Ausarbeitung des Berichtes. Wir fanden diesen gut. Wir haben bei unserer Beurteilung zwei Schwerpunkte gesetzt. Wir haben erstens darauf geachtet wie es um die allgemeine Aussagekraft steht. Ausserdem hat es uns interessiert wie unsere Vorschläge aus der Berichterstattung vom letzten Jahr berücksichtigt worden sind. Vor allem bezüglich des zweiten Punktes möchten wir dem Gemeinderat und der Verwaltung speziell danken. Wir konnten mit grosser Befriedigung feststellen, dass unsere Verbesserungsvorschläge, welche wir letztes Jahr eingebracht haben, zu einem grossen Teil übernommen worden sind. Dafür danken wir. Die GPK-Mitglieder werden zu den einzelnen Kapiteln Fragen und Bemerkungen anbringen. Besten Dank.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort. Das Wort wird nicht verlangt.

Präsident: Ich fasse das weitere Vorgehen folgendermassen zusammen: In einer ersten Phase können nun allgemeine Bemerkungen zum Verwaltungsbericht abgegeben werden. Anschliessend wird der Bericht departementsweise behandelt. Nach den Departementsberichten schreiten wir zum Schwerpunktprogramm und am Ende befinden wir über die Abschreibung von drei parlamentarischen Vorstössen. Das Wort ist offen für die Fraktionen für die allgemeinen Bemerkungen. Fragen und Bemerkungen zu den Berichten sind wie gesagt anschliessend anzubringen, wenn wir den Bericht departementsweise durchgehen werden. Wer wünscht das Wort?

Marceline Stettler, GFL: Liebe Anwesende. Der Verwaltungsbericht kommt mir vor wie eine 119 seitige Geschichte aus und für Zollikofen. Wenn man diese gelesen hat, dann weis man einiges. Man könnte auch sagen, anlehnend an das Vorwort, es ist das Werk der guten Truppe, welche intensiv gerudert hat, dass der Fels in der Brandung trotz den Wogen nicht ins Rutschen kommt. Zugegeben, spannend wie ein Krimi ist es nicht gerade. Aber es geht einem dafür nicht ans "läbigä". So sentimental wie einen Liebesroman habe ich ihn auch nicht empfunden. Es wird einem nirgends das Blaue vom Himmel versprochen. Gefährlich wie ein Thriller ist es auch nicht. Es wird einem beim

Lesen nirgends Angst und Bange. Und knifflig wie ein Rätselbuch habe ich es auch nicht empfunden, weil die meisten Antworten schon drin stehen. Und die Antworten, welche uns noch gefehlt haben, haben wir mittlerweile auch erhalten. Im Grossen und Ganzen ist es eine ausführliche, sauber gegliederte und informative Zusammenstellung, welche einen tiefen Blick in das Innere der Gemeinde ermöglicht. Verfasst mit Umsicht und Engagement. Dies weiss die GFL zu würdigen. Speziell anerkennen möchten wir, dass die Anregungen, welche die GFL im letzten Jahr angebracht hat, in diesen Verwaltungsbericht eingeflossen sind.

Thomas Ackermann, CVP: Werter Präsident, werte Ratsmitglieder. Die CVP Fraktion dankt der Verwaltung für den wiederum sehr informativen Bericht. Der Bericht ist umfangreich. Wenn man alles im Detail lesen wollte, würde dies ziemlich viel Zeit benötigen. Jede und jeder wird beim Durchlesen des Berichtes Aussagen angestrichen haben, die ihr bzw. ihm aus persönlicher oder parteipolitischer Sicht als bemerkenswert aufgefallen ist. Ich verschone euch deshalb mit Wiederholungen von bereits selber gelesenen Berichtsaussagen zu langweilen. Unter dem Gesichtspunkt der langjährigen politischen Schwerpunktthemen der CVP Fraktion, nämlich Jugend, Bildung und Alter, waren für uns die Berichte zur Bildung im Kapitel 5 sowie Jugendbetreuung und Altersbetreuung im Kapitel 6 besonders interessant, zudem die Berichte betreffend des virtuellen Jugendparlaments und der Integrationsbemühungen von Fremdsprachigen. Noch weiter optimieren kann man immer, aber grundsätzlich sind wir mit den Aktivitäten in diesen genannten Schwerpunkten zufrieden. Gegen die sich in kurzen Abständen folgenden Schulreformen können wir hier auf Ebene Gemeinde nichts machen. Betreffend der vorgeschlagenen Abschreibung der drei parlamentarischen Vorstössen unterstützt die CVP Fraktion klar die Abschreibung der Motion Max Winkler betreffend Gemeindesaal und des Postulats Jürg Scheidegger betreffend Saalbau, mit etwas ungutem Gefühl auch die Abschreibung des Postulats betreffend Integration des Steini- bachquartiers.

Ralph George, FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Ich möchte ganz kurz, namens der FDP Fraktion, dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung unsere Anerkennung für die saubere und informative Arbeit, welche mit dem Verwaltungsbericht abgeliefert worden ist, aussprechen. Ich möchte daran erinnern, dass wir im Grossen Gemeinderat einmal übereingekommen sind, dass das Mass aller Dinge rund 100 Seiten seien. Der vorliegende Verwaltungsbericht umfasst nun 120 Seiten. Wenn man nun aber das Schwerpunktprogramm, welches meiner Meinung nach nicht in den Verwaltungsbericht gehört, weglässt, sind wir sehr nahe an den 100 Seiten. Somit wäre auch dieses Mass eingehalten.

Markus Burren, SVP: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die SVP Fraktion dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für diesen reichhaltigen Verwaltungsbericht. Ich kann mich meinen Vorrednern mehrheitlich, nicht in allen Punkten, anschliessen. Wir haben diesen Verwaltungsbericht in einer intensiven, rund 1 stündigen Debatte an unserer Fraktionssitzung eingehend studiert. Es gab Fragen. Diese haben wir von der Verwaltung beantwortet bekommen. Somit haben wir heute ganz wenige bis keine Bemerkungen mehr und sind mit diesem Verwaltungsbericht zufrieden. Der Verwaltungsbericht hat wie jeder Bericht seine Stärken und Schwächen, wobei die Stärken ganz klar überwiegen. Der Bericht ist von den Leuten geschrieben, welche sich tagtäglich mit dieser Materie auseinandersetzen, deshalb hebt man die Stärken hervor.

Beat Nydegger, SP: Herr Präsident. Liebe Frauen und Männer, da unser Fraktionschef heute abwesend ist, muss ich heute einspringen. Ich halte mich ganz kurz und sage nur eines: Danke.

Roland Stucki, EVP: Herr Präsident, liebe Ratsmitglieder. Wir haben zum Ersten die Verwaltungsberichte von Münchenbuchsee und Ittigen mit dem von Zollikofen verglichen. Es hat uns interessiert, wie dies die anderen Gemeinden handhaben. In Bezug auf den Verwaltungsbericht von Münchenbuchsee ist derjenige von Zollikofen viel besser, umfangreicher und klarer strukturiert. Der Verwaltungsbericht von Ittigen weist redaktionelle Beiträge auf. Wir haben bereits einige Male darauf hingewiesen, dass dies in Zollikofen auch gut wäre. Es sind darin Würdigungen der Departemente vorzufinden. Es ist nicht zwingend, dass diese von den Departementsvorstehenden stammen. Es wurde darüber geschrieben, ob die gestellten Zielsetzungen erreicht worden sind oder nicht. Das finde ich sehr gut. Wir haben dies hier bereits einige Male, heute wohl zum dritten Mal, empfohlen. Die Departementsvorsteherin oder der Departementsvorsteher könnte eine Würdigung über die Zielerreichung während des Jahres in den Verwaltungsbericht einfließen lassen. Das als Anmerkung und Empfehlung. Ansonsten danken wir für diesen Verwaltungsbericht.

Präsident: Somit haben wir den Kreis der Fraktionen geschlossen. Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Das Wort wird nicht beansprucht. Somit würden wir nun zum Verwaltungsbericht selber übergehen und behandeln diesen von einem Departement zum Nächsten. Das erste ist das Departement Präsidiales, welches die Seiten 6 bis 33 umfasst. Wird hier seitens der GPK das Wort verlangt?

#### **1. Präsidiales (S. 6 - 33):**

Thomas Ackermann, GPK: Im Namen der GPK haben wir drei Bemerkungen anzubringen. Die Erste betrifft Seite 15, Abschnitt Vernehmlassungsverfahren. Es geht um die Stellungnahmen des Gemeinderates, welche dieser zu diesen Verfahren abgegeben hat. Die Anregung der GPK ist eigentlich die gleiche, welche schon bei der Verwaltungskontrolle 2009 deponiert worden ist. Es soll ein Verweis auf die Quellen eingefügt werden, wo die Stellungnahmen nachgelesen werden können. Diese Stellungnahmen werden auf der Homepage der Gemeinde aufgeschaltet. Dann auf Seite 18, Abschnitt Integration der ausländischen Bevölkerung, letzter Abschnitt. "Mitten unter uns" ist das Stichwort. Der Klammerverweis auf das Departement Bildung ist irreführend, denn unter diesem Punkt Bildung, ist über das Projekt "Mitten unter uns" nichts zu finden. Weiter hinten im Schwerpunktprogramm hingegen findet man etwas dazu. Der dritte Punkt ist etwas weiter hinten auf Seite 32. Das Mietamt setzt sich aus 6 Mitgliedern zusammen, letztes Jahr waren es noch 7 Mitglieder.

Präsident: Kann der Gemeinderat dazu Stellung nehmen?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Die ersten zwei Bemerkungen nehmen wir zur Kenntnis, es stimmt, wir haben vergessen, dass diese ab Sommer 2010 auf der Homepage unter Politik/Vernehmlassungen aufgeschaltet werden. Zu Seite 32. Letztes Jahr war eine falsche Zahl aufgeführt, im Mietamt waren immer 6 Mitglieder. Dieses ist paritätisch zusammengesetzt.

Präsident: Sind aus den Fraktionen Bemerkungen zu diesem Kapitel?

Hans-Jörg Rhyn, SP: Herr Ratspräsident, Herr Gemeindepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die SP Fraktion hat ein paar Bemerkungen zum Kapitel 1 Präsidiales, welche gleichzeitig auch den Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffen. Auf Seite 13 des Verwaltungsberichtes wird quasi stillschweigend die Abschreibung von 3 parlamentarischen Vorstössen beantragt, welche seit Jahren von der Exekutive und von der Verwaltung bearbeitet worden sind. Der Artikel 43 der Geschäftsordnung lässt es zwar zu, dass Vorstösse ohne Begründung abgeschrieben werden. Aber bei

allem Respekt für eine möglichst hohe Arbeitseffizienz, die SP Fraktion hat den Eindruck, dass hier auf eine allzu elegante Art versucht wird, ungeliebte Aufträge dieses Parlamentes kommentarlos zu versenken. Einer dieser Vorstösse, die Motion Winkler und Mitunterzeichnende betreffend Gemeindesaal ist nun seit 24 Jahren bearbeitet worden. Nun soll dieser Vorstoss ohne Begründung abgeschrieben werden. Da drängt sich doch die Frage auf warum? Warum jetzt? Und warum ohne Begründung? Wenn man sich 24 Jahre lang mit einem konkreten, verbindlichen Auftrag des Parlaments befasst hat, wird man wohl noch für den Abbruch der Bemühungen eine Begründung zu geben. Wenn keine Begründung geliefert wird, bleiben viele Fragen offen. Und jedes Parlamentsmitglied erhält viel Spielraum, das Vorgehen auf seine eigene Weise zu interpretieren. An die Adresse der Bevölkerung, insbesondere an die Adresse der Vereine, ist das auch kein gutes Signal. Wir erwarten keinen ausführlichen schriftlichen Bericht. Obschon dies zumindest in einem Fall durchaus angemessen sein könnte. Wir bitten aber den Gemeinderat seinen Antrag zur Abschreibung der Vorstösse Winkler, Vollenweider und Scheidegger mindestens kurz zu begründen. Etwa im Sinn der folgenden Fragestellungen: 1. Was hat sich im Berichtsjahr 2009 entscheidend verändert, dass jetzt abgeschrieben werden soll. Was hat sich verändert im Geschäft Gemeindesaal? Was hat sich verändert im Steinibachquartier? Warum hat man das Postulat Scheidegger bis heute mitgeschleppt und nicht bereits nach Abschluss der Planung Kreuzareal damals zur Abschreibung vorgeschlagen? Aufgrund der Antworten können wir am Schluss der Beratungen des Verwaltungsberichtes in Kenntnis des Sachverhaltes über die Abschreibungsanträge beschliessen.

Roland Stucki, EVP: Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder. Zunächst auf Seite 7, Geschäfte gemäss Traktandenliste. Dort steht in Klammer und kursiv die Anmerkung Sitzungsergebnis. Das stimmt nicht. Am 28. Januar 2009 bezüglich der Motion Eva Baltensperger lautet das Ergebnis, die Motion, das muss ich als Laie so verstehen, sei überwiesen. Richtig ist, dass diese Motion in ein Postulat umgewandelt und anschliessend überwiesen worden ist. So wie es hier steht ist es nicht richtig. Ein zweites Beispiel: 27. Mai 2009 bezüglich der Motion Edith Vanoni und Mitunterzeichnende. Auch hier steht Überweisung. Wenn mich nicht alles täuscht ist auch diese Motion in ein Postulat umgewandelt und anschliessend überwiesen worden. Wenn man nur die Traktandenliste abbilden will, dann würde es stimmen, würde man das kursiv geschriebene lieber weglassen. Aber das Ergebnis ist so nicht richtig. Wir kommen dann weiter hinten darauf zu sprechen. Ein zweiter Punkt. Was Hans-Jörg Rhyng gesagt hat ist völlig richtig. Wir sind schon immer eingestanden, dass ein Gemeinde-Begegnungszentrum realisiert wird, in welchem sich Jung und Alt treffen könnte. Ein Saalbau geht in diese Richtung. Wir erachten es als völlig falsch wenn man diese Motion von Max Winkler abschreibt, ohne dass man etwas gemacht hätte. Die Motion Scheidegger muss man abschreiben, da dieser Kreuz-Saal gar nicht mehr möglich ist. Aber die Motion Max Winkler ist nicht vergessen. Hier warten wir und weite Teile der Bevölkerung, dass hier etwas geschieht und deshalb erachten wir es als falsch wenn man diese Motion abschreiben würde.

Präsident: Was die Abschreibung dieser parlamentarischen Vorstösse anbelangt. Wie ich es einleitend erwähnt habe, möchte ich die Diskussion darüber führen, wenn wir den Verwaltungsbericht inklusive Schwerpunktprogramm zu Kenntnis genommen haben. Wir haben die Abschreibung dieser Vorstösse auch dementsprechend traktandiert. Ich möchte nicht, dass wir diese Diskussion nun dazwischenschalten.

Toni Oesch, FdU: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Ich komme trotzdem darauf zurück. Es geht nämlich noch eine Motion bzw. ein Postulat in diese Richtung und zwar das von Frau Elisabeth Aebi-Lehmann. Dies gehört auch begründet. Ich stehe hier ein wenig auf der Seite der SVP. Unterschrieben hat auch noch Fritz Vollenweider, wie man lesen kann. Frau Elisabeth Aebi-Lehmann hat einmal etwas genau gleiches

gesagt, nämlich, dass man die Bürgerinnen und Bürger aus dem Steinibachquartier nicht vergessen soll. Ich habe letzthin im Rahmen der Diskussion um das Betagtenheim gesagt, dass das neue Alterszentrum für die Bewohnerinnen und Bewohner des Steinibachquartiers alles andere als zentral gelegen ist. Somit hat man die Bewohner des Steinibachquartiers einmal mehr vergessen. Deshalb finde ich es wichtig, dass man dieser Problematik die notwendige Beachtung schenkt.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zum Präsidialen.

Heinz Buser, FDP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe keine Frage aber eine Bemerkung zu etwas was mich bewegt. Auf Seite 21 können wir folgendes über das Projekt "Bildung und Kultur", welches von der Erziehungsdirektion initiiert wurde, lesen: "Eine Stärkung des Musischen in der Schule wird vom FAS (Fachausschuss für Schulfragen) ausdrücklich unterstützt." Es ist gut wenn man in der Schule das Musische stärkt und fördert. Wusstet ihr aber, dass im Schulplan der Volksschule des Kantons Bern, das Thema, welches uns unsere Einkommen und Renten sichert, durch welches wir Nahrung kaufen und unsere Mieten bezahlen können, nämlich alles was mit Wirtschaft zu tun hat, mit keinem Wort erwähnt wird. Weder als Volkswirtschaft oder allgemein als Wirtschaft, weder als Betriebswirtschaft. Ein ganzer Lebensbereich, welcher uns täglich berührt, kommt im Lehrplan des Kantons Bern nicht vor. Das Thema Wirtschaft ist inexistent, es gibt es einfach nicht. Somit muss ich mich fragen, wie der Kanton Bern seine Prioritäten setzt. Muss denn das Musische noch weiter ausgebaut werden, es ist ja nicht so, dass bis anhin diesbezüglich nichts angeboten wird. Sollte nicht doch eher ein Bereich, der uns alle betrifft in den Lehrplan eingebaut werden. Ich weiss, dass ich hier keine Antwort erhalte. Es ist auch nicht eine Sache der Gemeinde. Es ist etwas was mich wirklich bewegt, dass die Schule die richtigen Prioritäten setzt.

Hans Peter Baumann, SVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich gehe aufgrund des Verlaufs der Diskussion davon aus, dass das Wort frei ist für die Mitglieder. Denn ich rede hier als Mitglied. Ich habe eine Bemerkung zum Wasserverbund Region Bern AG auf Seite 22. Ich bin kein Freund dieses Wasserverbundes. Ihr könnt dies auch entsprechend werten. Aber wenn ich die Berichterstattung lese, in welchem uns gesagt wird, dass man nach der Generalversammlung schlussendlich im Tropenhaus Frutigen gelandet ist, gaukelt dies etwas vor, was nicht der Wirklichkeit entspricht. Was in die Berichterstattung gehört ist die Tatsache, dass der Wasserbezug für Zollikofen um 10% gestiegen ist. Lediglich der Preis ist gestiegen und nicht die Menge. Man kann dies auf Seite 62 der Jahresrechnung nachlesen. Ich verzichte dann dort auf meine Wortmeldung. In diesem Berichtsjahr ist auch die Verzinsung unseres Aktienkapitals um 50% reduziert worden. Meiner Meinung nach wären diese Tatsachen wichtiger, als ein Tropenhausbesuch, welchen ich als Oberländer sehr empfehlen kann, aber ein solcher muss nicht unbedingt im Verwaltungsbericht erwähnt werden.

Präsident: Wir sind noch beim Präsidialen. Weitere Bemerkungen? Das Wort wird nicht mehr verlangt. Wir gehen weiter zum Departement Finanzen.

## **2. Finanzen (S. 34 - 39):**

Bruno Vanoni, GPK: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich spreche im Namen der GPK zum Abschnitt "Runder Tisch Gemeindefinanzen" auf den Seiten 34 und 35. Die ersten zwei Absätze sind genau gleich formuliert wie in den Geschäftsberichten der Vorjahre 2007 und 2008. Auch im Rest des ganzen Abschnittes steht fast das Gleiche drin wie in den Vorjahren. Die GPK ist der Meinung, dass im Verwaltungsbericht in den Vordergrund gerückt werden muss, was im Berichtsjahr gelaufen ist -

und nicht, dass die Vorgeschichte der Vorjahre rekapituliert werden muss. In der zweituntersten Zeile ist zu lesen, dass sieben Punkte als erledigt abgeschrieben werden konnten. Gemeint sind 7 Sparmassnahmen, die im Jahr 2007 am Runden Tisch diskutiert worden sind. Sie sind auf Seite 109 in der Berichterstattung zum Schwerpunktprogramm aufgelistet. Aber im letzten Jahr sind eigentlich von diesen 7 Punkten genau 4 als erledigt abgeschrieben worden. Wir hätten gerne gewusst, welche 4 Punkte dies sind. Wir finden, die 4 Massnahmen, welche im letzten Jahr abgeschrieben worden sind, hätte man hier namentlich erwähnen müssen. Wir bitten den Gemeinderat diese 4 Punkte heute noch bekannt zu geben. Ein kleiner Hinweis zum Abschnitt "Vermögens- und Schuldenverwaltung" auf Seite 35. Hier heisst es, im Rechnungsjahr 2008 sei kein Darlehen zur Rückzahlung fällig gewesen. Es müsste wohl heissen: "im Rechnungsjahr 2009." Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen zum Abschnitt "Pensionskasse" auf Seite 37. Beim Redaktionsschluss des Verwaltungsberichts stand der Deckungsgrad per Ende 2009 noch nicht fest. Wir bitten den Gemeinderat, diese Zahl heute bekannt zu geben. Ebenso möchten wir um Auskunft bitten, wie hoch die Sollrendite festgelegt ist. Wir haben in der GPK festgestellt, dass der Abschnitt über die Pensionskasse etwas schwer verständlich ist. So wird beispielsweise eine Abkürzung (WEF-Reglement) verwendet, die in der GPK niemandem geläufig war. Wir möchten einmal mehr bitten, solche Abkürzungen zuerst einzuführen. Ausserdem steht geschrieben, es brauche höhere Wertschwankungsreserven und eine Stabilisierungsstrategie. Das tönt etwas beunruhigend, ist es aber vielleicht nicht. Wir bitten den Gemeinderat um Auskunft, was es mit den Wertschwankungsreserven auf sich hat und warum eine Stabilisierungsstrategie bei der Pensionskasse nötig ist.

Präsident: Kann der Gemeinderat die Fragen der GPK sogleich beantworten?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Werter Präsident, werte Anwesende. Zum Runden Tisch kann ich Folgendes sagen: Von den Punkten die auf Seite 109 aufgeführt sind, sind die Punkte 5, 22, 26 und 27 abgeschrieben worden. Das sind die vier Punkte welche letztes Jahr erledigt worden sind. Der Deckungsgrad der Pensionskasse beträgt per Ende 2009 106.4%. Die Sollrendite beträgt 4.3%. Es gab noch eine Frage bezüglich der Wertschwankungsreserve. Was wurde hier genau gefragt? Wieso dass eine solche notwendig ist?

Bruno Vanoni, GPK: Wieso braucht es eine Stabilisierungsstrategie? In Zusammenhang mit der Wertschwankungsreserve ist von einer Stabilisierungsstrategie die Rede.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Die Wertschwankungsreserve ist dazu da, um die Aktienschwankungen aufzufangen. Wenn Krisen auftreten verlieren die Aktien ihren Wert und folglich verfügt die Pensionskasse über wesentlich tiefere Mittel und diese Verluste muss man auffüllen. In der Nachfolgezeit, wenn man Gewinn erwirtschaftet muss man zuerst die Wertschwankungsreserve auffüllen damit man solche Schwankungen der Aktien auffangen kann. Ist meine Antwort verständlich? Ansonsten muss es Daniel Bichsel besser oder präziser erklären. Es geht um Reserven, welche nach der letzten Krise vor zwei Jahren aufgebraucht waren. Nun müssen wir diese wieder auffüllen.

Präsident: Besten Dank Kurt Jörg. Daniel Bichsel wird als Sachverständiger noch Ergänzungen anbringen.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Die Stabilisierungsstrategie hat der Stiftungsrat eingeschlagen, nachdem sich im Vorjahr, also Ende 2008, der Deckungsgrad knapp über 100% befand. Wie wir vorhin gehört haben sollten die notwendigen Wertschwankungsreserven 15% betragen. Somit ergibt sich ein Deckungsgrad von 115%. Bis man diesen Grad erreicht hat, wollen wir die Pensionskasse stabilisieren. Das heisst wir wollen sowohl den Aktiven als auch den

Rentnern keine Leistungsverbesserungen versprechen. Dies so lange, bis wir die Wertschwankungsreserve wieder bis auf ihren Sollbestand von 15% aufgefüllt haben. Das verstehen wir unter dieser Stabilisierungsstrategie. Es handelt sich nicht um eine Sanierungsstrategie aber um eine Stabilisierungsstrategie.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Fragen zum Departement Finanzen.

Toni Oesch, FdU: Auf Seite 35 heisst es im Abschnitt Jahresrechnung 2009: "Die Jahresrechnung habe ausgeglichen abgeschlossen." Ich habe es nun schon einige Male gesagt, aber wie heisst es so schön, steter Tropfen höhlt den Stein, dies ist wie immer eine Verklausulierung und eine Kommentierung des effektiven Ergebnisses. Richtig wäre, wenn es hiesse, dass ein Ertragsüberschuss erwirtschaftet wurde.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zum Departement Finanzen? Keine. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Wird nicht gewünscht. Wir fahren weiter mit dem Kapitel Bau.

### **3. Bau (S. 40 - 51):**

Präsident: Hat die GPK Bemerkungen?

Bruno Vanoni, GPK: Auf der Seite 41 wird zum ersten Mal die Zahl der privaten und öffentlichen Minergiebauten erwähnt. Im Berichtsjahr sind 7 Minergiebauten erstellt worden. Wir möchten gerne wissen, wie diese Zahl zusammenpasst mit der Statistik auf Seite 40 über die ausgeführten Bauten. Dort kann man erkennen, dass im Jahr 2009 nur 2 Einfamilienhäuser erstellt wurden, dazu gab es fünf Um- und Ausbauten und daneben noch wenig andere Bauvorhaben ohne Wohnungen. Darum die Frage: Sind wirklich praktisch alle ausgeführten Bauten im letzten Jahr nach Minergie-Standard erstellt worden, oder gibt es einen anderen Zusammenhang zwischen diesen Zahlen?

Präsident: Kann der Gemeinderat diese Frage beantworten? Joseph Crettenand bitte.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Herr Präsident, werte Damen und Herren. Die Frage der GPK betreffend das Total Bauten im Minergie-Standard kann ich folgenderweise beantworten. Die GFL Fraktion hat im letzten Jahr gewünscht, dass die Minergie-Bauten in den Verwaltungsbericht aufgenommen werden. Leider können wir ein Minergie-Gebäude erst in die Liste aufnehmen, wenn es offiziell durch die Minergie-Zertifizierungsstelle zertifiziert worden ist. Es ist also das Datum der Zertifizierung. Darum werden wir künftig im Verwaltungsbericht schreiben: "davon im Berichtsjahr zertifiziert." Die Mehrheit der 7 Gebäude im Jahr 2009 zertifiziert worden sind, erscheint in der Tabelle auf Seite 40 als ausgeführte Baute im Jahre 2008. Ich denke mit dieser Präzisierung sollte es klar sein.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Ich habe eine Frage zum Abschnitt Mobilfunk auf Seite 43. Mich würde es interessieren, wer die Messungen in Zollikofen an den entsprechenden Messpunkten durchgeführt hat. Erst kürzlich wurde diesbezüglich eine entsprechende Studie veröffentlicht. Man konnte zwischen den Zeilen herauslesen, dass diese Studie von den Mobilfunkbetreibern bezahlt worden sei. Ausserdem habe ich eine Frage zum Abschnitt Strassenbau hinsichtlich der Sanierung der Kreisel Kreuz und Bären. Diese unterstehen, wie es einmal in der Sonntagspresse hiess, dem "Kreiseloberingenieur". Die Kreisel sind eine gute Sache. Die Engländer sind hier mit den "roundabouts" vorausgegangen. Endlich hat man die Pflastersteine ersetzt. Ich habe von Anfang an ge-

sagt, dass dies eine gefährliche Sache sei. Es war immer gefährlich, vor allem auch bei Nässe und Kälte. Für alle Verkehrsteilnehmer, seien es Fussgänger, Velofahrer oder Autofahrern war es gefährlich. Die Bremswege waren länger und die Schleudergefahr war viel grösser. Ausserdem habe ich eine Frage zu den Kosten. Beim Kreis "Kreuz" sind seinerzeit Fr. 450'000.00 ausgegeben worden. Ich weiss nicht mehr ob die Gemeinde diese Kosten alle selber übernehmen musste, oder ob der Kanton diese Kosten getragen hat. Es hat damals ziemliche Proteste gegeben. Ausserdem möchte ich wissen wie es sich diesbezüglich mit den vielen Reparaturen verhält, welche ausgeführt werden musste. Die gleichen Angaben möchte ich auch vom Kreisel "Bären" erhalten. Nun noch etwas zu diesen Kreiseln, das gehört in den Bericht Verkehr und Bau. Ich habe das Folgende schon einige Male erwähnt. Wenn man von der Schulhausstrasse oder Kirchlindachstrasse in die entsprechenden Kreisel auf der Bernstrasse einfährt und sich keine Fussgänger auf den Fussgängerstreifen befinden, fahren die Autos welche von links kommen mit erhöhter Geschwindigkeit in die Kreisel ein. Das rührt daher, dass das Restaurant Kreuz sowie Mauer der Emmental AG, einen die Sicht rauben. Man sollte hier endlich etwas unternehmen, so wie es im Ausland überall der Fall ist. Allenfalls mit einem Poller oder einer anderen Massnahme, damit die Automobilisten abgebremst werden. Der jetzige Zustand ist einfach unverantwortlich.

Präsident: Weitere Fragen zum Departement Bau? Kann der Gemeinderat die gestellten Fragen zu den Mobilfunkanlagen und den Kreiseln beantworten?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Ich kann die zwei Fragen von Herrn Oesch nicht beantworten. Es wäre schön wenn er diese Fragen im Vorfeld gestellt hätte, dann hätte ich sicher heute Abend eine richtige Antwort geben können. Ich weiss nicht wer die Messungen bei den Mobilfunkanlagen durchgeführt hat und wer welche Kosten bei den Kreiseln getragen hat weiss ich auch nicht. Der Finanzverwalter hat die entsprechenden Unterlagen heute Abend höchstwahrscheinlich nicht bei sich. Ich werde ihnen die Frage direkt beantworten. Darf ich bitten, dass solch spezifische Fragen für ein nächstes Mal vorher angemeldet werden.

Präsident: Ich würde sagen, wir nehmen dies als Einfache Anfrage entgegen. Dann wird es auf die nächste Sitzung beantwortet. Es sind zwei Fragen, einerseits zu den Mobilfunkanlagen andererseits zu den Kreiseln Kreuz und Bären. Zum Departement Bau werden keine Wortmeldungen mehr gewünscht.

#### **4. Betriebe (S. 52 - 55):**

Präsident: Hat die GPK Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Keine Bemerkungen. Wir gehen zum nächsten Departement.

#### **5. Bildung (S. 56 - 68):**

Präsident: Wünscht die GPK das Wort? Ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Auch keine Bemerkungen.

#### **6. Soziales (S. 69 - 82):**

Präsident: Wünscht die GPK das Wort? Ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Auch keine Bemerkungen.

#### **7. Sicherheit (S. 83 - 94):**

Präsident: Wünscht die GPK das Wort? Ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Auch keine Bemerkungen.

#### **8. Planung (S. 95 - 103):**

Präsident: Hat die GPK Bemerkungen? Ist nicht der Fall. Hat der Gemeinderat Bemerkungen? Ist nicht der Fall.

Toni Oesch, FdU: Seite 97, Überarbeitung Schutzzonenplan. Ich möchte orientieren, dass die Anwohner, die Liegenschaftsverwaltungen und das Forum der Unabhängigen eine Einsprache eingereicht haben. Die Einspracheverhandlung wurde durchgeführt. An dieser Einspracheverhandlung kam heraus, dass die Hecke, es handelt sich um eine geschützte Eichenhecke, bereits teilweise ausgerodet um an dieser Stelle einen Swimmingpool zu realisieren. Ausserdem sei anscheinend ein Marchstein versetzt worden.

Präsident: Sind zur Planung weitere Bemerkungen aus dem Rat? Ist nicht der Fall. Damit haben wir den Verwaltungsbericht abgehandelt. Somit kommen wir zum Schwerpunktprogramm.

#### **Berichterstattung zum Schwerpunktprogramm 09/13 (S. 104 - 120)**

Präsident: Wir werden die Schwerpunkte nun nacheinander behandeln

#### **Schwerpunkt 1 (Seiten 105 - 107)**

Präsident: Keine Bemerkungen der GPK und auch keine Bemerkungen seitens des Gemeinderates.

#### **Schwerpunkt 2 (Seiten 107 - 109)**

Präsident: Keine Bemerkungen der GPK und auch keine Bemerkungen seitens des Gemeinderates.

#### **Schwerpunkt 3 (Seiten 110 - 112)**

Präsident: Keine Bemerkungen der GPK und auch keine Bemerkungen seitens des Gemeinderates.

#### **Schwerpunkt 4 (Seiten 113 - 115)**

Präsident: Keine Bemerkungen der GPK und auch keine Bemerkungen seitens des Gemeinderates.

**Schwerpunkt 5 (Seiten 115 - 116)**

Roland Stucki, EVP: Herr Präsident, werte Ratsmitglieder. Das ist nun der Punkt bei welchem ich Synergien sehe zu dem was Hans-Jörg Rhyh gesagt hat. Ich möchte gerne wissen, welche Standorte vom Gemeinderat im Jahr 2009 geprüft worden sind. Und wie er zum Schluss kommt, dass keine Standorte in Frage kommen und somit das Projekt beerdigen will. Es ist nach wie vor ein Anliegen welches man weiterverfolgen muss. Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass dem Verein für offene Jugendarbeit ein Zentrum für Jung und Alt am Herzen liegt, dass kann man aus ihrem Bericht herauslesen. Daher kann dieses Projekt nicht einfach stillschweigend abgeschrieben werden, es bleibt ein Thema. Ich bitte den Gemeinderat dieses Projekt weiterzubearbeiten.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Ich bin ja nun neu zuständig für den Gemeindesaal. Ich habe diesen zur Abschreibung beantragt. Da ich neu bin, konnte ich diesen nicht vorher zur Abschreibung beantragen. Die Situation sieht folgendermassen aus. In den nächsten 5 Jahren ist es nicht realistisch bzw. wir sehen keinen möglichen Standort um ein solches Gemeinschaftszentrum zu erstellen. Darum wurde dieses Vorhaben auf meinen Vorschlag hin herausgenommen. Das heisst aber nicht, dass dieses Projekt dann vergessen geht. Sollte sich eine Möglichkeit ergeben, dass ein solches Gemeinschaftszentrum erstellt werden könnte, werden wir dies natürlich prüfen. Es heisst nicht, dass es im Fall einer Abschreibung komplett vergessen geht. Wir hatten das Gefühl, dass wir anstelle der ewig gleichen Berichterstattung zu diesem Projekt, welche auch sehr unbefriedigend ist, dieses abschreiben wollen. Sollte sich aber eine Situation ergeben, wo wir erkennen, es könnte eine Möglichkeit zur Realisierung bestehen, nehmen wir dieses Projekt gerne wieder auf. Es ist sicher nicht vergessen.

Präsident: Weitere Bemerkungen zu diesem Schwerpunkt? Keine

**Schwerpunkt 6 (Seiten 117 - 119)**

Beat Nydegger, SP: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Seite 118 unten, Fremdsprachige Eltern frühzeitig für die Integration gewinnen ist der Lösungsansatz. Zuunterst können wir lesen, dass dieser Punkt teilweise erfüllt worden ist. Ich werde die letzten zwei Sätze vorlesen: "Für die sprachliche und soziale Frühintegration (Motion Anne-Marie Pfiffner) sind die im Voranschlag reservierten Mittel im Betrag von Fr. 22'400.00 nicht beansprucht worden. Ziel war eine Teilfinanzierung des Spielgruppenbesuchs für Kinder deren Eltern finanziell nicht gut gestellt sind." Ich nehme nun nicht an, dass es in Zollikofen keine finanziell nicht gut gestellten Eltern gibt. Meine Fragen lautet: Warum hat man dieses Geld nicht gebraucht? Wie steht es um dieses Projekt? Hat jemand aktiv die Eltern informiert, dass Geld für solche finanziellen Unterstützungen zur Verfügung steht? Was geschieht nun mit diesem Projekt und wie denkt der Gemeinderat, nachdem diese Motion vom Parlament überwiesen worden ist, diese zu erfüllen?

Präsident: Kann die Gemeinderätin Sabine Huber-Spari dazu Stellung nehmen.

Sabine Huber-Spari, Gemeinderätin: Herr Präsident, liebe Ratsmitglieder. Wir haben es nicht verpasst die Eltern zu informieren, dass eine finanzielle Unterstützung möglich ist, da sie dieses Geld nicht einfach selber abholen können. Wir haben schon vor einiger Zeit mit diesem Projekt begonnen. Nun ist ein Konzept erarbeitet worden. Dieses muss nun noch bereinigt werden. Diese Bereinigung wird nächsten Dienstag an einer entsprechenden Sitzung geschehen. Der Schwerpunkt wird sich auf die Umsetzung

beziehen. Anschliessend wird das Konzept dem Gemeinderat vorgelegt. Dann werden wir sehen, wie wir mit der Umsetzung beginnen können. Wir haben das Geld nicht gebraucht. Wir sind davon ausgegangen dass, wir Spielgruppen für die Kinder finanzieren. Man muss die Eltern aber aktiv angehen und es ist gar nicht so einfach an diese zu gelangen, da in der Regel die Sprache ein Problem ist. In diesem Konzept sind alle wichtigen Punkte abgehandelt. Ich werde informieren, sobald das Projekt umgesetzt wird.

Präsident: Von der Antwort befriedigt?

Beat Nydegger, SP: Zum Teil.

Präsident: Weitere Bemerkungen zu diesem Schwerpunkt?

Roland Stucki, EVP: Nicht zu diesem Schwerpunkt aber ich möchte zurück auf Seite 7 kommen. Ich habe zu meinen diesbezüglich gestellten Fragen keine Antwort erhalten. Ist es nun richtig oder nicht richtig? Ich bin der Meinung, dass es nicht richtig ist. Es sind keine Motionen überwiesen worden, diese sind behandelt worden.

Präsident: Wir nehmen dies so zur Kenntnis und werden dies als Einfache Anfrage beantworten, dann kann man dies überprüfen, anstatt, dass man nun aus dem Erinnerungsvermögen eine Antwort gibt. Ist das so in Ordnung?

Roland Stucki, EVP: Das ist gut.

## **Schwerpunkt 7 (Seite 120)**

Präsident: Weder von der GPK noch vom Gemeinderat werden Bemerkungen gewünscht. Somit sind wir mit der Beratung des Verwaltungsberichtes inklusive Schwerpunktprogramm fast am Ende.

Armin Röthlisberger, SVP: Herr Präsident, werte Anwesende. Ich möchte Herrn Oesch bitten, seine Aussage, es sei ein Marchstein versetzt worden, schriftlich abzugeben. Das wäre eine strafbare Handlung. Somit wäre er auch ein Verleumder wenn dies nicht der Wahrheit entspräche. Deshalb bitte ich ihn dies schriftlich abzugeben.

Toni Oesch, FdU: Ich kann Herrn Röthlisberger beruhigen. Er hat schon einmal behauptet ich hätte die Unwahrheit erzählt. Dies steht in den Protokollen der Einspracheverhandlung. Herr Funk kann dies bestätigen.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Nein, ich kann dies nicht bestätigen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte nur eine kleine Präzisierung anbringen, damit keine Missverständnisse entstehen. Roland Stucki hat vorhin gesagt, der Verein offene Jugendarbeit vertrete das Anliegen das Gemeinschaftszentrum für Jung und Alt voranzutreiben. Einfach dass es richtig dargestellt ist. Der Verein offene Jugendarbeit hat überhaupt keine Position in dieser Sache. Aber das Projekt "Jugend mit Wirkung" hat die Idee eines Gemeinschaftszentrums für Jung und Alt von Jugendlichen aufgegriffen und stellt dieses Anliegen am Jugend\_mit\_Wirkungs\_Tag am 29. Mai 2010 nachmittags hier in der Aula zur Diskussion. Alle die an dieser Idee mitwirken wollen. ob dafür oder dagegen, oder an der praktischen Umsetzung mithelfen, sind herzlich eingeladen am 29. Mai 2010 mitzuhelfen.

Armin Röthlisberger, SVP: Ich möchte Herrn Oesch fragen, ob er seine Behauptung gerne protokollieren lassen möchte?

Präsident: Die Aussagen werden ohnehin protokolliert. Somit sind wir am Schluss des Verwaltungsberichtes angelangt und wenn keine weiteren Wortmeldungen vorhanden sind, stelle ich, gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 der Gemeindeverfassung fest:

Präsident: Ich stelle somit gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Litera c der Gemeindeverfassung fest:

### **3.2 Der Verwaltungsbericht 2009 der folgenden Departemente wird zur Kenntnis genommen:**

- |                |               |
|----------------|---------------|
| 1. Präsidiales | 5. Bildung    |
| 2. Finanzen    | 6. Soziales   |
| 3. Bau         | 7. Sicherheit |
| 4. Betriebe    | 8. Planung    |

### **3.3 Die Berichterstattung 2009 zum Schwerpunktprogramm 09/13 wird zur Kenntnis genommen.**

Präsident: Mit diesen Kenntnissnahmen leiten wir über jetzt über zum gemeinderätlichen Antrag welcher als erstes aufgeführt ist, nämlich die Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse. Wir beginnen mit dem Vorstoss Max Winkler und Mitunterzeichnende. Der Gemeinderat stellt den Antrag, die Motion sei abzuschreiben. Gibt es Bemerkungen?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Bei der Motion Max Winkler betreffend Gemeindesaal geht es um Folgendes: Die Motion von Max Winkler bezieht sich explizit auf die Realisierung eines Saals auf der Häberlimatte im Rahmen der zweiten oder dritten Etappe des Ausbaus. In diesem Jahr wird mit der dritten Etappe begonnen. Dort ist es nicht möglich einen Gemeindesaal zu realisieren. Darum bittet der Gemeinderat euch diese Motion abzuschreiben.

Präsident: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder zu diesem Abschreibungsantrag. Davon wird nicht Gebrauch gemacht. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung:**

#### **1.1 Die Motion Max Winkler und Mitunterzeichnende betreffend Gemeindesaal wird grossmehrheitlich abgeschrieben.**

Präsident: Wir kommen nun zum Postulat Fritz Vollenweider und Mitunterzeichnende betreffend Förderung der Integration des Steinibachquartiers. Hier stellt der Gemeinderat ebenfalls den Antrag, das Postulat sei abzuschreiben. Möchte der Gemeinderat hier eine Begründung abliefern?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Ich kann hier nicht mehr sagen als ich bereits letztes Jahr gesagt habe. Ich glaube ich habe damit begonnen, dass, wenn man das Steinibachquartier als Ghetto bezeichnet, ich selber im Ghetto wohne und mich dort sehr wohl fühle. Meine Kinder sind im Ghetto zur Schule gegangen. Dennoch sind anständige Menschen aus ihnen geworden. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Leute im Steinibachquartier unglücklicher sind als hier. Sicher, es gibt im Steinibachquartier kein Geschäft, aber es würde sehr schwierig werden

dort ein Geschäft aufzubauen. Darum habe ich bereits beim letzten Mal, im Namen des Gemeinderates beantragt, dass man dieses Postulat nicht erheblich erklären sollte. Damals wurde dies knapp abgelehnt. Ich bitte euch diesmal dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Bruno Vanoni, GFL: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich kann am Anfang eigentlich das gleiche sagen wie mein Vorredner, ich wohne auch im Steinibachquartier und fühle mich wohl dort. Aber darum geht es hier eigentlich nicht. Ich möchte zu Beginn nochmals daran erinnern, dass die kommentarlose Abschreibung von Vorstössen, welche seit 10 Jahren hängig sind, eine Möglichkeit ist. Es ist aber nicht vorgeschrieben. Bei der Beratung der Geschäftsordnung, an welcher man diese Möglichkeit eingeführt hat, sind schon damals Bedenken laut geworden. Man hat deshalb auch die Formulierung abgeschwächt. Es wurde damals gesagt, dass das Abschreiben von zehnjährigen Vorstössen, das Aussitzen von unangenehmen Geschäften fördert. Genau diesen Eindruck gewinnt man nun bei diesem Postulat "Steinibach gehört zu Zollikofen", wie das Postulat früher offenbar geheissen hat. Dieses Postulat ist offen formuliert und listet nur beispielhaft mögliche Massnahmen zur besseren Integration des Steinibachquartiers in Zollikofen auf. Wir wissen nicht welche Massnahmen geprüft worden sind und was man in Sinn dieses Postulats unternommen hat. Das der Unterschied zu den beiden anderen Vorstössen betreffend Saalbau oder Gemeindesaal. Dort weiss man aufgrund des Wortlautes, dass diese so nicht mehr realisierbar sind. Hingegen ist das Postulat hinsichtlich des Steinibachquartiers immer noch offen, und wir hätten gerne eine Antwort darauf wie die Lage heute beurteilt wird. Sind allenfalls Massnahmen unternommen worden oder nicht? Wir hatten in letzter Zeit den Eindruck, dass mindestens in einzelnen Fällen eher gegenteilig zu den Forderungen des Postulates gehandelt wurde. So wurde beispielsweise der Primarschule Steinibach in letzter Zeit das Leben eher schwerer gemacht als es ohnehin schon ist. Eine Gelegenheit Anlässe im Steinibachschulhaus Anlässe durchzuführen, zumindest für die Einwohner des unteren Gemeindeteils, hat man auch verpasst. Beispielsweise bei der Anwohnerinformation über die Sanierung der Reichenbachstrasse. Auf der Webseite der Gemeinde ist verdienstvollerweise das Protokoll aufgeschaltet worden, das über die Behandlung des Postulats am 24. Mai 2000 Auskunft gibt. Da sind interessante Ausführungen über die dazu mal geäusserten Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner des Steinibachquartiers zu lesen. Insbesondere auch die Ergebnisse einer Umfrage, die unter den Seniorinnen und Senioren dieses Quartiers gemacht worden war. Es wäre interessant zu erfahren, ob sie heute immer noch die gleichen Anliegen haben und wie das Quartier seine Lage heute sieht. Wir fänden es richtig und wichtig, nach zehn Jahren eine Bilanz zu ziehen und dem GGR aufzuzeigen, was im Steinibachquartier in den letzten Jahren geschehen ist. Und was unternommen wurde um eine bessere Integration zu erreichen. Aufgrund eines solchen Berichtes könnte der GGR dann allenfalls das Postulat mit guten Gründen abschreiben, aber nicht jetzt, ohne zu wissen, ob seine Anregungen immer noch berechtigt sind oder nicht. Aus diesem Grund bittet die GFL Fraktion, das Postulat nicht abzuschreiben.

Präsidenten: Weitere Wortmeldungen?

Hans Peter Baumann, SVP: Ich habe zwei Bemerkungen. Erstens bin ich der Meinung, dass im Steinibachquartier noch ein Geschäft existiert. Die Motion betrifft alte Motionen und alte Postulate. Es hindert uns nichts daran diese heute Abend abzuschreiben und morgen ein neues Postulat oder eine neue Motion einzureichen welche aktueller ist und behandelt werden muss. Den oder die Verfasser würde das Parlament dann auch noch kennen. Ich werde euch ermuntern dieses Postulat abzuschreiben und wenn ihr das Thema als wichtig erachtet, ein neues Postulat einzureichen.

---

Präsident: Wem darf ich das Wort erteilen? Wir schreiten zur Abstimmung.

**Abstimmung:**

**1.2 Das Postulat Fritz Vollenweider und Mitunterzeichnende betreffend Förderung der Integration des Steinibachquartiers in die gesamte Bevölkerung Zollikofens wird mehrheitlich abgeschrieben.**

Präsident: Wir kommen nun noch zum Postulat Jürg Scheidegger und Mitunterzeichnende betreffend vielfältige Nutzung des neuen Saalbaus auf dem Kreuz-Areal. Der Gemeinderat beantragt auch dieses Postulat abzuschreiben und wird dies sogleich begründen.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Ich gebe Hans-Jörg Rhyn Recht, dass wir dieses Postulat früher zur Abschreiben hätten vorlegen sollen. Es ist eine Sünde, dass wir dies nicht getan haben. Es hängt mit dem Neubau des Restaurant Kreuz zusammen. Mit der Nicht-Realisierung des Saals, hat sich dieses Postulat erledigt. Aus diesem Grund bitten wir euch, dieses Postulat abzuschreiben.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Herr Präsident, geschätzte Frauen und Männer. Wir haben jetzt Begründungen erhalten. Diese leuchten auch ein. Es wäre sehr einfach gewesen diese Begründungen im Verwaltungsbericht aufzuführen. Es hätte weniger Diskussionen ausgelöst. Der Verdacht, dass man diesen einfach nur abhaken will, wäre somit nicht aufgekommen. Ich nehme für mich zur Kenntnis, wahrscheinlich meine Fraktion auch, dass beim Schwerpunkt 5 "Zentrale Begegnungsorte erhalten und schaffen", sowie dem dazuhörenden Lösungsansatz "Ein Vereins- und Gemeinschaftszentrum einrichten" steht, dass dieses nicht weiterverfolgt wird. Wir nehmen dies so zur Kenntnis und werden den guten Ratschlag von Hans Peter Baumann allenfalls berücksichtigen, sollte diesbezüglich weiterhin ein Bedürfnis vorhanden sein. Wir haben seitens des Gemeinderates nichts über allfällige Bedürfnisabklärungen vernommen. Allenfalls ist bei den Vereinen noch ein Bedürfnis vorhanden. Es könnte aber auch sein, dass gar kein Bedürfnis besteht. Es wurde aber meiner Meinung nach nicht abgeklärt. Daher nehmen wir heute zur Kenntnis, dass dieser Schwerpunkt nicht weiterverfolgt wird.

Roland Stucki, EVP: Es ist richtig, dass man das was Hans-Jörg Rhyn gesagt hat bekräftigt. Man hat für viel Geld Zukunftskonferenzen ins Leben gerufen. Man ist an einem Samstag zusammengekommen und hat am Flipchart aufgelistet was in diesem Dorf noch zu verbessern ist. Es ist klar herausgekommen, dass dies ein Schwerpunkt ist und dieser wird hier, wie dies Hans-Jörg Rhyn richtig sagt, beerdigt. Das ist nicht korrekt.

Präsident: Weitere Voten. Die Gelegenheit wird nicht ergriffen. Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung:**

**1.3 Das Postulat Jürg Scheidegger und Mitunterzeichnende betreffend vielfältige Nutzung des neuen Saalbaus auf dem Kreuz-Areal wird grossmehrheitlich abgeschrieben.**

---

54 25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde

**Jahresrechnung 2009 inklusive Nachkredit für zusätzliche Abschreibungen; Genehmigung**

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Peter Traber, GPK: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Die GPK hat die vorliegenden Unterlagen gemäss ihrem Auftrag geprüft. Wir haben den Eindruck erhalten, dass die Verwaltung in diesem Bereich gut gearbeitet hat und möchten den Verantwortlichen danken. Wir haben die Jahresrechnung mit Daniel Bichsel und Kurt Jörg besprochen. Während dieser Sitzung sind alle unsere Fragen beantwortet worden. Eine Frage welche übrig blieb, wurde noch per E-Mail beantwortet. Die GPK wird im Verlauf der Detailberatung keine Bemerkungen mehr anbringen. Wir werden dann allerdings bei der Beratung des NPM-Berichtes noch das Prüfungsergebnis bekannt geben.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Werter Präsident, werte Anwesende. Zum vierten Mal nacheinander darf ich euch einen Abschluss präsentieren, welcher positiv ausgefallen ist. Positiv gegenüber dem Budget, in welchem wir mit einer Prognose von gut einer halben Million Defizit aufgewartet haben. Wir sind beim Rechnungsabschluss bei gut Fr. 400'000.00 Überschuss gelandet. Dies erlaubt es uns, diesen Überschuss, ohne dabei etwas verstecken zu wollen, zusätzlich abzuschreiben. Dies ist aus allen Schriftstücken klar ersichtlich. Damit dies klar ist. Dies ist ganz sicher erfreulich und wird uns in Zukunft weniger belasten. Wir haben diesen Überschuss nicht erwirtschaftet, das muss man ganz klar sehen. Dieser Überschuss ist durch uns nicht beeinflussbare Positionen entstanden. Dies sind hauptsächlich Vorgaben des Kantons, welche wir im Rahmen des Lastenverteilers übernehmen. Um nicht zu sagen diese müssen wir übernehmen. Ich habe es bereits mehrmals erwähnt, dass es fahrlässig wäre, diese Zahlen zu verändern, weil man Korrekturen nicht begründen könnte. Das ist das Positive. Die Rechnung gibt keinen Anlass noch viel mehr zu erläutern. Sie ist sehr gut geführt, und es sind zu fast allen Positionen welche wesentliche Abweichungen aufweisen oder zu Unklarheiten führen könnten, Begründen vorhanden. Wenn weitere Fragen vorhanden sind, sind wir gerne bereit diese zu beantworten. Die Abweichungen im Wasser wurden bereits thematisiert. Hier haben wir mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 220'000.00 abgeschlossen. Diesen Überschuss konnten wir aber mit den vorhandenen Reserven decken. Somit ist auch in diesem Bereich nichts zu befürchten. Wir wollen in diesem Bereich die Reserven etwas abbauen, da diese etwas hoch sind.

Präsident: Zum weiteren Vorgehen. Zuerst können allgemeine Bemerkungen gemacht werden. Anschliessend werden wir die Rechnung im Detail beraten. Zum Schluss schauen wir uns die Produkterrechnung NPM, Berichterstattung Jahr 2009 für die Sekundarstufe I an. Das Wort ist nun offen für die Fraktionen. Ich glaube diese Ausführungen reichen hinsichtlich des Eintretens. Nun noch zu denjenigen welche immer festhalten, dass die Rechnung immer besser abschliesst als prognostiziert. Ihr konntet feststellen, dass die Differenz im Balkendiagramm, welche unter anderem dass prognostizierte Defizit zum Überschuss aufzeigt, immer kleiner wird. Eines Tages könnten Budget und Jahresrechnung übereinstimmen. Wenn man in die Zukunft schaut oder daran denkt, was man letztes Jahr an gebundenen Ausgaben beschlossen hat, dann werden wir schnell den Nullpunkt erreichen. Wir sollten am jetzigen System nicht viel ändern. Wir haben eine Steuersenkung verkräftet kann man sagen. Aber man muss

trotzdem die Augen offen halten. Wir werden dies dann bei der Budgetdebatte besprechen.

Präsident: Wir werden die Jahresrechnung nun so behandeln, dass wir uns in einem allgemeinen Umgang über die Jahresrechnung als solches unterhalten werden. Anschliessend werden wir die Rechnung im Detail behandeln und am Schluss wird noch die Produkterrechnung NPM zur Behandlung gelangen. Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Beat Nydegger, SP: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Ich danke Daniel Bichsel und seinem Team für die wie immer transparente Darstellung sowie die Erläuterungen betreffend der wichtigsten Abweichungen der Jahresrechnung. Im Prinzip müssten wir aus diesem Buch nur die Seiten 2 bis 18 genauer studieren. Denn danach ist man über die Finanzen der Gemeinde Zollikofen bestens im Bild. Ich werde mich, wie Kurt Jörg kurz fassen, da es bei der Jahresrechnung eigentlich um "gehabte Freuden" geht. Die Jahresrechnung schliesst zwar ausgeglichen ab, das stimmt. Ohne die zusätzlichen Abschreibungen hätte ein Gewinn von rund Fr. 443'000.00 resultiert. Dieser wird aber mit den zusätzlichen Abschreibungen eliminiert, dies ist transparent dargestellt. Gegenüber dem Budget fällt die Jahresrechnung eine Million besser aus. Die wichtigsten Besser- und Schlechterstellungen sind auf Seite 3 aufgezählt. Davon können Fr. 803'000.00 erklärt werden. Davon liegen alle, bis auf Fr. 140'000.00, ausserhalb des Einflussbereiches der Gemeinde. Von dieser Million Besserstellung nur Fr. 803'000.00 erklären, ergo liegt der Rest im Einflussbereich der Gemeinde. Das war die Budgetdisziplin der Verwaltung. Ich möchte allen, welche daran gearbeitet haben herzlich danken. Erfreulich ist zudem, dass wir unsere Investitionen vollständig finanzieren konnten. Das heisst, dass wir kein Fremdkapital aufnehmen mussten. Erfreulich ist für mich auch der stabile Steuerertrag der natürlichen und juristischen Personen. Beide Positionen befinden sich über dem Budget. Gut bis sehr gut sind auch die Finanzkennzahlen, ich werde diese nicht vorlesen, man kann diese auf den Seiten 15 und 16 nachlesen. Gesamthaft steht unsere Gemeinde sehr gut da. Wir können einen hohen Eigenkapitalanteil von Fr. 14.7 Millionen aufweisen. Es macht keinen Sinn, diesen weiterhin zu äufnen. Fr. 14.7 Millionen entsprechen rund 10 Steuerzehnteln. Wir haben sehr moderate Schulden, es sind Fr. 6 Millionen. Vielleicht hört ihr heute Abend noch eine andere Zahl, ich weiss es nicht. Mit diesem Jahresabschluss und den vorgenommenen ausserordentlichen Abschreibungen verhelfen wir uns zu finanzpolitischem Spielraum für die Zukunft. Die SP Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates vollumfänglich zustimmen. Das heisst wir stimmen der Jahresrechnung in dieser Form zu und vor allem auch den ausserordentlichen Abschreibungen.

Peter Bähler, SVP: Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Auch die SVP Fraktion dankt für die wie gewohnte klare und übersichtlich dargestellte Jahresrechnung 2009 mit ihren Erläuterungen und Erklärungen. Man hat, wie dies Beat Nydegger bereits erwähnt hat, praktisch jede Frage bereits in den ersten Kapiteln beantwortet. Einen Dank richten wir auch an die Verwaltung, welche sich an die Budgetdisziplin gehalten hat. Der Gemeinderat hat gut geführt, damit es nun so gut herausgekommen ist und nun ein Überschuss von über Fr. 400'000.00 dasteht. Freuen wir uns daran, denn das Gleichgewicht kann sich schnell wieder in ein Ungleichgewicht verwandeln. Weniger Einnahmen, und diese drohen uns, müssen zwangsläufig zu weniger Ausgaben führen. Dieses Thema kennen wir in diesem Saal sehr gut. Es heisst so schön "Spare in der Zeit, so hast du in der Not". Not haben wir nicht, ihr seht was zusätzlich übrig geblieben ist. Dies zusätzlichen Abschreibungen muss man auf die Seite legen beziehungsweise Schulden tilgen. Über die Summe möchte ich mich nicht auslassen. Wir verfügen über 6 Millionen Fremdmittel. Die SVP stimmt diesen ausserordentlichen Abschreibungen zu, auch wenn uns Votanten weiss machen wollen, dass wir auch letztes Jahr vom Steuerzahler zu viel verlangt haben. Aber der Finanzhaus-

halt hat immer noch Schulden, dies habe ich vorhin bereits erwähnt. Wir müssen anpassen, dass wir uns nicht plötzlich in griechischen Verhältnissen wieder finden, wo für jede erdenkliche Begehrlichkeit Geld ausgegeben worden ist. Ich und die Fraktion sind klar der Meinung, dass jede Generation die durch sie verursachten Kosten auch selber bezahlt. Das Eigenkapital ist gut, das hat mein Vorredner bereits erwähnt. Ich habe drei Bemerkungen zu Positionen, welche mir aufgrund der Begründungen zu Denken gegeben haben. Position 218, Tagesschule. Bei der Tagesschule ist die Rede, dass die höheren Kosten darauf zurückzuführen sind, dass eine zweite Person beim Einkauf der Lebensmittel mitgeholfen hat. Das kann es nicht sein. Der Wassereinkauf wurde bereits thematisiert. Die SVP hat schon lange vor diesem Gebilde WVRB gewarnt. Jetzt haben wir die erste Quittung. Die letzte Position betrifft die Raumplanung (Kontengruppe 790). Dort wird ausgeführt, dass die Mehrkosten vom Schutzzonenplan herühren. Man konnte im Verwaltungsbericht lesen, dass man mit der Erarbeitung dieses Planes bereits im Jahr 2008 begonnen hat. Entweder hat man die Arbeiten nicht entsprechend budgetiert oder bewusst die Budgetvorgaben des Parlaments nicht eingehalten. Dies gibt uns zu denken. Wenn ein privater Investor früher bauen will, kann er die Planungskosten auch vorinvestieren. Es muss nicht immer die Gemeinde sein. Die SVP stimmt allen Anträgen des Gemeinderates zu und dankt noch einmal für den erfreulichen Rechnungsabschluss.

Heinz Buser, FDP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube wir müssen nicht warten bis bei uns griechische Verhältnisse eintreffen. Es reicht schon, dass wir nicht über Verhältnisse von Bolligen oder Münchenbuchsee verfügen. Die FDP Fraktion dankt der Finanzverwaltung für die wie immer tadellosen Unterlagen. Aber insbesondere auch für die Servicebereitschaft, jederzeit rasch Fragen zu beantworten und Unterlagen auszuarbeiten und bereit zu stellen. Insbesondere sind alle unsere offenen Fragen zur Jahresrechnung prompt und zu unserer Zufriedenheit beantwortet worden. Das positive Jahresergebnis unserer Gemeinde ist das Resultat verschiedener Elemente. Einerseits von undurchschaubaren und nicht beherrschbaren Transferzahlungen und Belastungen und Vorgaben des Kantons und allenfalls sogar des Bundes. Aber insbesondere natürlich auch von Anstrengungen von verschiedensten Beteiligten, der Budgetdisziplin der Verwaltung, der Ausgabenvernunft des Gemeindeparlaments und des Gemeinderates. Die grösste und schmerzlichste aller Anstrengungen macht jedoch jemand anders, ich möchte dies wieder einmal in Erinnerung rufen, dies ist der Steuerzahler. Er, und niemand anders, finanziert Gemeindewesen wie auch Kanton und Bund. Es ist daher nicht Aufgabe des Gemeindewesens Kapitalien anzuhäufen und Steuern auf Vorrat zu erheben. Eine ausgeglichene Rechnung ist das Ziel. Entgegen der Meinung des Gemeinderates und Teilen des Grossen Gemeinderates war es daher letztes Jahr völlig richtig, den Steuersatz von 1,45 auf 1,40 zu senken. Trotzdem verfügen wir nun über einen erfreulichen Überschuss von Fr. 443'000.00 oder knapp eine Million besser als budgetiert. Beim Steuerfuss von 1.37, welchen die FDP ursprünglich vorgeschlagen hat, hätte man ein ganz ausgeglichenes Ergebnis, welches eigentlich das Ziel sein müsste. Wir werden uns auch weiterhin dafür engagieren, dass nicht allzu pessimistische Prognosen dazu führen, dass Steuern auf Vorrat erhoben werden. Dann, dass muss auch wieder einmal erwähnt werden, wenn die Verwaltung einmal über eine Budgetposition verfügt, gibt sie diese nicht wieder frei. Ein Beispiel sind die mit über 3,5 Millionen zu viel bezahlte Wasserzinsen, welche allenfalls in 10 Jahren oder noch später zurückbezahlt werden. Das ist Geld, welches die Wasserzinszahler bezahlt haben ohne bisher eine Gegenleistung erhalten zu haben. Etwas Ähnliches. Es existiert ein Guthaben aus dem Abtreten des Leitungsnetzes aus dem Beitritt zum Wasserverbund. Dies sind mehrere Millionen Franken, welche vom Kanton ohne jede Begründung blockiert werden. Ob man diese wieder einmal erhält, weiss man nicht. Dies nur zwei Beispiele. Aber insgesamt sind wir zufrieden. Wir nehmen dieses erfreuliche Resultat mit Befriedigung zur Kenntnis und stimmen den vorgeschlagenen zusätzlichen Abschreibungen zu.

Präsident: Weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen?

Adelheid Pfyl-Blättler, CVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin keine Finanzfachfrau. Aber ich bin die Frau eines Finanzverwalters und ich weiss was es braucht bis eine Jahresrechnung fertig ist und welche Adrenalinschübe dadurch verursacht werden können. Aus diesem Grund danken wir herzlich für diese sehr gute Arbeit. Die CVP Fraktion über diese gute Rechnung, wie alle in diesem Raum. Die Budgetvorgaben sind eingehalten worden, das ist positiv. Mehr will ich dazu nicht mehr sagen, es ist bereits viel dazu gesagt worden. Vielen Dank für die Arbeit, wir werden den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Bruno Vanoni, GFL: Wir von der GFL Fraktion nehmen den guten Rechnungsabschluss auch erfreut und mit Erleichterung zur Kenntnis. Mit Erleichterung deshalb, weil trotz Steuersenkung noch ein Überschuss erzielt werden konnte. Ob dies auch noch in den nächsten Jahren der Fall sein wird, das wird man in den kommenden Jahren sehen. Der gute Rechnungsabschluss ist vor allem auf Faktoren zurückzuführen die ausserhalb des Einflussbereiches der Gemeinde liegen. Wir möchten aber auch anerkennen, dass auch die Gemeindebehörden und die Verwaltung sparsam mit den Budgetmitteln umgegangen sind und so zum guten Rechnungsabschluss beigetragen haben. Es gibt aber Budgetposten, welche aus unserer Sicht leider nicht ausgeschöpft wurden. Von einem solchen Posten wurde bereits gesprochen, nämlich vom Posten für die soziale und sprachliche Frühintegration, wo Fr. 18'000.00 nicht verwendet worden sind obwohl diese bewilligt gewesen wären. Wir haben mit Freude gehört, dass die Gemeinderätin Sabine Huber versprochen hat, dass in diesem Bereich etwas geschieht. Wir finden auch, dass die Bemühungen im Laufenden Jahr verstärkt werden müssen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich in der Rechnung 2009 zum Glück noch nicht ausgewirkt. Sie wird sich aber wohl in den nächsten Jahren mit Einbussen bei den Steuern bemerkbar machen. Dazu kommt, wir haben an einer letzten Sitzung bereits darüber gesprochen, dass die kantonale Steuergesetzrevision der Gemeinde Zollikofen rund eine Million Mindereinnahmen bescheren wird. Vielleicht kann man dies noch mit der Volksinitiative "Für faire Steuern für Familien" stoppen.

Roland Stucki, EVP: Herr Präsident, werte Anwesende. Wir verdanken den Bericht und die erfreuliche Rechnungsstellung. Weniger Freude haben wir an einem Punkt. Es geht in Richtung dessen was Bruno Vanoni gesagt hat. Es waren Fr. 15'000.00 für einen Freiwilligenanlass vorgesehen. An der letzten Sitzung hat Michel Cotting angekündigt, dass man diesen Anlass auch dieses Jahr nicht durchführen oder verschieben wird, da es Terminprobleme mit der Kirchgemeinde gibt. Wir finden dies des Guten zu viel. Hier muss man nun für die Freiwilligen etwas machen. Man könnte, wie ich es schon einmal angeregt habe, auf der Rütli rund 300 Leute zum Morgenessen einladen. Dies würde Kosten im Umfang von rund Fr. 7'000.00 generieren. So etwas ist jetzt fällig. Wenn dieses Geld vorhanden ist, verfrachtet es nicht wieder ins nächste Jahr und führt nun einen solchen Anlass durch. Dies als Anregung.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Wenn man die Diskussionen hört, sind alle sehr froh, dass uns ein ausgeglichenes Budget präsentiert worden ist. Aber es ist nicht in Ordnung wenn man dem Volk gegenüber von einem "ausgeglichenen Budget" spricht. Man muss weiterlesen, dann erfährt man, dass noch weitere Ausgaben getätigt wurden. Man hätte das effektive Ergebnis von Fr. 443'000.00 Ertragsüberschuss und wie dies verwendet wurde, aufschreiben können. Die Gemeinde Worb macht dies vorbildlich, dies konnte man gestern in der Zeitung "Der Bund" nachlesen. Noch eine Klammerbemerkung, die Gemeinde Worb hat einen SP Finanzvorsteher. Wir nehmen dieses Ergebnis zur Kenntnis

und bemerken wie immer, dass man dem Steuerzahler zu viel Steuern aus dem Sack gezogen hat und dies in einer Krisenzeit. Die GPK hat zwar gesagt es sei eine gute Zeit. Wenn man zurückschaut auf die Budgetdebatte vom Herbst 2008 kann man folgendes feststellen: Der Finanzvorsteher Jörg meint in seinem Vorwort: "In wirtschaftlich guten Zeiten sollte man die Schulden abbauen." Obschon wir uns damals schon in der Krise befunden haben. Dann hat er ein grosses Lamento auf die Schulden, wie wir es bis jetzt immer gehört haben, abgehalten. Und zum ersten Mal in der Geschichte vom Budgetieren im Grossen Gemeinderat von Zollikofen waren bereits Überabschreibungen von Fr. 154'000.00 budgetiert. Statt Ertragsüberschuss hat Herr Jörg von einem ausgeglichenen Budget gesprochen. Er sagte auch, eine Steuersenkung käme nicht in Frage und der Gemeinderat habe einstimmig, zusammen mit den 2 Vertretern des Freisinns beschlossen, dass keine Steuersenkung ins Auge gefasst wird. Allenfalls käme eine Steuersenkung im Jahre 2010 in Frage. Wir wissen ja, dass wir letztes Jahr keine Steuersenkung beschlossen haben. Wir werden deshalb noch einen lustigen Herbst erleben. Die Fraktionssprecher konnten sich auch nicht zu einer Steuersenkung durchringen, allenfalls im Jahr 2010 käme eine solche in Frage. Was Herr Buser gesagt hat, dass der Freisinn eine Steueranlage von 1,37 vorgeschlagen habe, stimmt nicht. Wenn man im Protokoll nachliest, sieht man, dass Herr Byland gesagt hat, man könnte eine Steuersenkung ins Auge fassen. Es wurde aber kein Antrag gestellt. Sukzessive sind die Fronten weich geworden. Der Kollege zu meiner Linken, Roland Stucki hat gesagt, die Gründe einer Steuersenkung um einen halben Zehntel von 1,45 auf 1,40 seien stichhaltig. Dieses Argument hat dann den Ausschlag gegeben. Ich habe gesagt, wir machen keine halben Sachen und senken die Steuern gleich um einen ganzen Zehntel auf 1.35 senken. Die Abstimmung darüber, dass man die Steueranlage von 1.45 behält, belief sich auf 17 Stimmen. Für eine Steuersenkung auf 1,40 haben 18 Leute gestimmt. Ganz knapp wurde eine Steuersenkung realisiert. Mein Antrag hat es auf 3 Stimmen gebracht. Ich möchte denjenigen, welche den Mut aufgebracht haben für meinen Antrag zu stimmen noch danken. Das Resultat liegt heute vor. Mit einer reduzierten Steueranlage haben wir ein Ertragsüberschuss von Fr. 443'000.00. Bei einem reduzierten Budget hätten wir nun 1 Million Ertragsüberschuss. Die Senkung der Anlage von 1,35, wie ich es beantragt habe, hätte nun einen kleinen Aufwandüberschuss von rund Fr. 300'000.00, generiert. Es wäre kein Problem gewesen dies über das grosse Eigenkapital abzuschreiben. Das zum Allgemeinen. Ich habe nun festgestellt, dass wir bereits das blaue Buch behandelt haben.

Präsident: Noch nicht.

Toni Oesch, FdU: Doch, Beat Nydegger hat dies bereits bei den weissen Seiten erwähnt. Ich möchte später darauf zurückkommen.

Präsident: Das ist richtig, wir kommen später auf die weissen Seiten zurück. Sind aus dem Rat noch weitere Wortmeldungen gewünscht? Ist nicht der Fall. Ich schlage vor, dass wir nun zur Detailberatung schreiten.

*Vorbericht (S. 1-18, weiss):*

Toni Oesch, FdU: Sonst sind es die Fraktionen welche das Grosse Wort führen und ich bin der Letzte. Nun bin ich der Erste. Seite 11. Abfallentsorgung. Beim dritten Lemma ist von einer Mengenreduktion die Rede. Es ist sehr positiv, dass wir in der Abfallentsorgung eine Mengenreduktion haben. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht einen zu grossen Ertragsüberschuss erwirtschaften, ansonsten landet unser Abfall wieder in den Wäldern. Seite 14, Bestandesrechnung, Ziffer 8.1 und 8.3. Es geht hier um Aktiven und Passiven. Bei den Aktiven inkl. Finanz- und Verwaltungsvermögen verfügen wir über rund Fr. 56 Millionen. Bei den Passiven beläuft sich das Fremdkapital auf rund Fr. 12 Millionen. Somit bleiben im Eigenkapital im so genannten Steuerhaushalt, also mit den

Spezialfinanzierungen, rund Fr. 44 Millionen. Ich stelle dies nun den Brandversicherungswerten unseres brennbaren Anlagevermögens, ohne Strassen, gegenüber. Dies kann man auf Seite 85 im Anhang nachlesen und diese betragen Fr. 125 Millionen. Mit anderen Worten, wir haben sehr viel auf unserem Verwaltungsvermögen abgeschrieben. Das hat dann einen Einfluss im Verhältnis zu den Schulden auf welche ich gleich eingehe. Auf Seite 16, Finanzkennzahlen. Ziffer 10.5 Bruttoverschuldungsanteil. Hier resultieren rund 16.7 %. Unten steht geschrieben, ein Bruttoverschuldungsanteil von unter 50 % sei sehr gut. Wir sind super. Ich möchte an die Klagen erinnern, dass wir über zu grosse Schulden verfügen, wir müssen bezüglich der Kinder und der nachfolgenden Generation aufpassen. Dabei sind wir doch sehr gut. Dies sind meine Bemerkungen zum Allgemeinen.

*Ergebnisse / Finanzierungsausweis (S. 19+20, hellgelb): keine Bemerkungen*

*Zusammenzug Bestandesrechnung (S. 21+22, grün): keine Bemerkungen*

*Zusammenzug Laufende Rechnung (S. 23, rosa): keine Bemerkungen*

*Artengliederung Laufende Rechnung (S. 24-28, weiss): keine Bemerkungen*

*Artengliederung Investitionsrechnung (S.29-31, weiss): keine Bemerkungen*

*Abschreibungstabelle (S. 32+33, hellblau): keine Bemerkungen*

*Verpflichtungskreditkontrolle (S. 34-41, gelb): keine Bemerkungen*

*Nachkreditstabelle (S. 42-45, weiss): keine Bemerkungen*

*Laufende Rechnung; Detail (S. 46-69, rosa):*

Präsident: Hier gehen wir ziffernweise durch:

*0 Allgemeine Verwaltung (S. 46 - 48): keine Bemerkungen*

*1 Öffentliche Sicherheit (S. 48 - 51): keine Bemerkungen*

*2 Bildung (S. 51 - 54): keine Bemerkungen*

*3. Kultur / Freizeit (S. 54 - 57): keine Bemerkungen*

*4 Gesundheit (S. 57): keine Bemerkungen*

*5 Soziale Wohlfahrt (S. 57 - 60):*

Bruno Vanoni, GFL: Uns ist aufgefallen, dass mit der Kontonummer 570.318.01 auf Seite 59 ein neuer Begriff geschaffen worden ist mit dem Namen "Zukunft Altersversorgung Zollikofen Dienstleistungen Dritter". Hier ist noch kein Betrag eingesetzt worden. Wir möchten um Auskunft bitten, für welche Art von Dienstleistungen diese Rubrik vorgesehen ist, in welcher Höhe Ausgaben zu erwarten sind und ob im Jahr 2009 noch keine Ausgaben angefallen sind?

Präsident: Sind zum Kapitel Soziale Wohlfahrt noch weitere Fragen? Das ist nicht der Fall. Kann der Gemeinderat die Frage von Bruno Vanoni beantworten?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Dieses Konto ist vorgesehen für Projektleitung, juristische Beratung und Kommunikationsbeitrag für die Zukunft Alterszentrum. Dieser Kredit ist beantragt, durch einen Gemeinderatsbeschluss im Betrag von Fr. 41'000.00. Es sind bis Rechnungsabschluss 2009 keine Ausgaben gemacht worden.

Präsident: Wenn keine weitere Fragen vorhanden sind gehen wir zu Kapitel 6.

*6 Verkehr (S. 60 - 62): keine Bemerkungen*

*7 Umwelt und Raumordnung (S. 62 - 66):*

Toni Oesch, FdU: Seite 63, Konto 700.480.02, Entnahme aus Spezialfinanzierung Werterhalt. Es handelt sich hierbei um Wasser. Ich habe die entsprechenden Unterlagen leider nicht bei mir. Ich bin auch kein Freund dieser ganzen Finanzierungsangelegenheit. Die rund Fr. 270'000.00 stellen ein Defizit dar. Es hiess man musste so viel dazukaufen. Ich glaube dies stimmt. Ich will keine Antwort, dies würde eine einfache Anfrage geben. Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht unsere Steinibach-Quelle wieder aktivieren wollen. Es ist schade, dass man dieses saubere Wasser, welches keine Chemie braucht, im Gegensatz zu dem, welches man heute bezieht, einfach der ARA zugeführt wird. Dies wäre ein Thema für eine Gemeinderats-Klausur.

Markus Burren, SVP: Dies ist das einzige Mal, wo ich Toni Oesch Recht geben muss. Die Quelle wurde bereits einige Male im Gemeinderat behandelt. Diese Quelle muss bei uns bleiben.

*8 Volkswirtschaft (S. 66/67): keine Bemerkungen*

*9 Finanzen und Steuern (S. 67 - 69):*

Adrian Gehri, FDP: Werte Anwesende. Ich möchte euch auf die Steuerpotenz der juristischen Personen in unserer Gemeinde aufmerksam machen. Wenn man diese Positionen zusammenzählt, kommt man auf rund 6 %. Es sind vor allem die natürlichen Personen, welche uns unsere Steuern geben. Wir sind auf das Gewerbe angewiesen, aber es sind die natürlichen Personen welche dazu beitragen.

Armin Röthlisberger, SVP: Ich möchte noch eine Antwort geben. Die juristischen Personen bezahlen auch Liegenschaftssteuern.

Präsident: Zu Ziffer 9 sind keine weiteren Bemerkungen gewünscht.

*Investitionsrechnung; Detail (S. 70-76, orange): keine Bemerkungen*

*Bestandesrechnung; Detail (S. 77-84, grün):*

Urs Julmy, FDP: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe eine kleine Anmerkung zur Position 2040.05. Es handelt sich um Rückstellung für Ferien- und Überzeitguthaben. Sie beträgt rund Fr. 59'000.00 und ist in diesem Jahr zum ersten Mal aufgeführt. Mit dieser Rückstellung nimmt die Gemeinde ihre Verpflichtung gegenüber ihren Mitarbeitenden, wahr. Dies finden wir gut. Der Ausweis erfolgt unabhängig davon ob dies auch bar ausbezahlt wird oder in Zeitform kompensiert wird. In diesem haben wir folgende Bemerkungen. Die erste ist die, dass wir es verdankenswert finden, dass Gemeindeangestellte bereit sind Überstunden zu leisten, dass ist manchmal notwendig. Aber aufgepasst auf die Praxis in der Kantons- oder Bundesverwaltung, es gibt immer wieder Fälle, bei welchen aufgelaufene Zeitguthaben, dann zu grossen massiven Auszahlungen im Bereich von Zehntausend oder auch Hunderttausend Franken

führen. Wir erlauben uns folgende Bemerkung: Wir erwarten, dass die bestehenden Überzeit- oder Ferienguthaben möglichst rasch abgebaut werden und dass im Verlauf des Jahres darauf geachtet wird, dass Ferien- und Überzeiten wieder ausgeglichen werden und dass diese nicht auf das nächste Jahr übertragen werden. Und das Ferien- und Überzeitguthaben nicht finanziell abgegolten werden.

Präsident: Weitere Bemerkungen zu diesem Kapitel? Ist nicht der Fall.

*Anhänge 1-3 (S. 85-87, weiss) und Zusatzauswertungen (S. 88-97, weiss): keine Bemerkungen*

Präsident: Somit kommen wir nun zur Produktrechnung NPM, Berichterstattung Jahr 2009 für die Sekundarstufe I. Die GPK hat das Wort.

Peter Traber, GPK: Die GPK hat am 21. April 2010 gestützt auf den Auftrag der Gemeindeverfassung die NPM Wirkungsprüfung durchgeführt und das Ergebnis im Anschluss mit der Schulleitung, mit Sabine Huber und den Herren Graber und Leutwyler, besprochen. Der Bestätigungsbericht liegt vor und wir haben diesen heute Abend Daniel Bichsel übergeben. Ich zitiere aus dem Bericht: "Als Ergebnisprüfungsorgan prüfte die Geschäftsprüfungskommission Zollikofen am 21.4.2010 die Berichterstattung des Gemeinderates über die Erreichung der Wirkungs- und Leistungsziele der einzelnen Produkte. Die Prüfung umfasste eine systematische Beurteilung aller Produkte bezüglich formellen Anforderungen, der Richtigkeit der Indikatoren und der Angemessenheit des Standards. Die Geschäftsprüfungskommission bestätigt, dass die Berichterstattung des Gemeinderates richtig und aussagekräftig ist. Änderungsvorschläge zu ausgewählten Punkten aus der Berichterstattung wurden mit den zuständigen Organen, Gemeinderätin Sabine Huber, Schulleitung Herren Graber und Leutwyler direkt besprochen. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat den Bericht des Gemeinderates zu genehmigen". Zu den Erkenntnissen der GPK. Als wir den Bericht im Anschluss mit der Schulleitung besprochen haben, kamen wir zu diversen Bemerkungen. Die erste Bemerkung: Wir haben keine Selektion vorgenommen. Wir haben alle Bereiche in dieser NPM-Prüfung geprüft. Als Grundlage haben wir den NPM-Bericht verwendet. Ein Dokument der Schulleitung, welches zu Händen der GPK erstellt worden ist. Auch hier hat es die GPK sehr begrüsst, dass die Schulleitung die Ergebnisse, unserer Prüfung von 2008, systematisch ausgewertet hat und dann im NPM eingebaut wurden. Der entsprechende Nachweis ist von der Schulleitung in einem besonderen Bericht festgehalten worden. Zu den Leistungsindikatoren. Hier sind wir der Ansicht, dass die verwendeten Indikatoren zweckmässig sind. In Einzelfällen mussten wir auf fehlende Ziele hinweisen oder dass Ziele anzupassen sind. Wir haben ausserdem die Zielerreichung beurteilt. Wir konnten feststellen, dass die Beurteilung dieser Indikatoren systematisch erfolgt ist. Wir konnten die Erhebung nachvollziehen. Wir haben trotzdem einige Bemerkungen. In einigen Punkten haben wir vermisst, dass Befragungen der Sekundarlehrerschaft stattgefunden haben. Im Punkt 4.4, Zusammenarbeit mit dem Hauswart, ist aus unserer Sicht die Messung zu salopp erfolgt. Dort wünscht die GPK, dass die Messung verbessert wird, damit diese für Dritte nachvollziehbar wird. Dann haben wir noch zwei Anregungen. Die GPK wünscht, dass wir im nächsten Jahr mit Stichproben die eingegangenen Ergebnisse nachprüfen können. Wir werden dies mit der Schulleitung absprechen, dass wir dies im Rahmen unserer Prüfung durchführen können. Wir möchten auch anregen, dass die Rücklaufquote im Bericht des Gemeinderates an den Grossen Gemeinderat vermerkt wird. Die Vorgaben aus dem Controlling-Konzept sind eingehalten worden. Wir haben noch eine Bemerkung welche die Umsetzung betrifft. Die Prüfungsgruppe vertritt die Auffassung, dass die Korrektur von Mängeln in der Lesekompetenz im ordentlichen Unterricht und nicht im fakultativen Unterricht erfolgen soll. Dies ist ein Punkt, welchen wir bereits im letzten Jahr eingebracht

haben. Im Übrigen danken wir Sabine Huber und der Schulleitung für die Besprechung und Daniel Bichsel für die Vorbereitung.

Präsident: Möchte der Gemeinderat das Wort ergreifen? Ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für allgemeine Bemerkungen zu dieser Produkterechnung. Keine allgemeine Bemerkungen. Wir gehen die Produkterechnung nun im Einzelnen durch:

*Produkt 1 Unterricht:* keine Bemerkungen

*Produkt 2 Kultur und Projekte:* keine Bemerkungen

*Produkt 3 Gesundheit und Soziales:* keine Bemerkungen

*Produkt 4 Information und Zusammenarbeit:* keine Bemerkungen

*Anhang 1a:* keine Bemerkungen

Präsident: Damit kommen wir nun zur Abstimmung.

### **Abstimmung:**

**Der Rat beschliesst grossmehrheitlich:**

- 1. Der Nachkredit für zusätzliche Abschreibungen von Fr. 442'830.24 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2009 (Konto 990.332.01 - Übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen) wird genehmigt.**
- 2. Von der Berichterstattung für den NPM-Bereich Sekundarstufe 1 (HRM-Kontengruppe Nr. 212) für das Jahr 2009 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes von Fr. 327'691.40 wird Kenntnis genommen.**
- 3. Die Jahresrechnung für das Jahr 2009, abschliessend mit:**
  - einem ausgeglichenen Saldo der Laufenden Rechnung;
  - Nettoinvestitionen von Fr. 3'845'099.40;
  - Eigenkapital von Fr. 14'752'332.21

**wird genehmigt.**

---

55      1.92.1      Motionen

### **Vermeidung von unechten Motionen (Motion Hans Peter Baumann)**

Präsident: Das Eintreten auf dieses Geschäft ist vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Urs Julmy, GPK: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben dieses Geschäft in der GPK geprüft. Wir haben keine Bemerkungen dazu.

Präsident: Der Antrag zu diesem Geschäft ist nicht vom Gemeinderat sondern vom Büro GGR gestellt worden. Das Büro GGR hat das Wort.

Mirjam Veglio, Büro GGR: Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich gehe davon aus, dass ihr den Bericht und Antrag studiert habt. Mein Votum ist im ergänzenden Sinn gedacht. Die Forderung im Vorstoss von Hans Peter Baumann

ist die Vermeidung von unechten Motionen. Mit der vorliegenden Lösung, der Richtlinienmotion, kann dies erfüllt werden. Eine Lösung, welche sich übrigens im Kantonsparlament bestens bewährt. Das Büro hat sich intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt und rasch festgestellt, dass die Möglichkeit eines Gremiums keine befriedigende Lösung darstellt. Die Frage, ob motioniert werden kann oder nicht, verschiebt sich dann vom Grossen Gemeinderat in ein anderes Gremium. Dieses müsste in beinahe diktatorischer Art und Weise entscheiden. Kommt das Gremium zum Schluss ein Thema kann nicht motioniert werden, wäre das Endresultat das Gleiche wie heute, nämlich die Umwandlung in ein Postulat. Im Endeffekt könnte ein Gremium unechte Motionen nicht verhindern. Die Richtlinienmotion erachten wir als demokratisch und gerecht. Die Zuständigkeiten von Exekutive und Legislative bleiben bestehen und sind klar. Aber das Parlament erhält neu die Möglichkeit, Massnahmen im Kompetenzbereich vorzuschlagen, ja sogar zu fordern. Ob der Gemeinderat überhaupt, und wenn ja, in welchem Erfüllungsgrad dieser Forderung nachkommen will, liegt einzig in seinem Ermessen. Der Entscheid und die Verantwortung bleiben beim Gemeinderat. Abweichungen müssen begründet werden und der Grosse Gemeinderat nimmt nur noch Kenntnis davon. Trotzdem ist die Richtlinienmotion stärker und präziser als ein Postulat. Ein Postulat fordert den Gemeinderat nur auf etwas zu prüfen und entsprechend Bericht zu erstatten. Die Richtlinienmotion hingegen fordert in präziser Weise Massnahmen, welche der Gemeinderat umsetzen kann aber nicht muss. Es könne aber auch der Fall eintreten, dass jemand aus dem Parlament eine gute Idee hat und der Gemeinderat über eine Richtlinienmotion sogar glücklich wäre. In diesem Sinn ist diese neue Möglichkeit eine Verbesserung der Zusammenarbeit von Parlament und Gemeinderat. Für die Mitglieder des Büro GGR ist die Richtlinienmotion eine gute Lösung. Gute Lösungen brauchen verlässliche Rechtsgrundlagen. Alle parlamentarischen Vorstösse sind in der Gemeindeverfassung verankert. Dazu gehört auch die neue Richtlinienmotion. Darum sind wir überzeugt und der Meinung, dass sich der Aufwand lohnt eine Volksabstimmung durchzuführen und die Gemeindeverfassung entsprechend zu ändern. So erhält die Richtlinienmotion eine verfassungsmässige Grundlage. Wir danken euch, wenn ihr dem Antrag des Büro GGR folgen könnt.

Präsident: Der Gemeinderat hat für ergänzende Bemerkungen das Wort. Das ist nicht der Fall. Wer von den Fraktionen möchte das Wort ergreifen?

Ralph George, FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Die FDP Fraktion schliesst sich vollumfänglich der Richtlinienmotion an. Wir begrüssen diese. Wir unterstützen vollumfänglich die Anträge des Gemeinderates.

Roland Stucki, EVP: Herr Präsident, werte Ratsmitglieder. Mehr Freiheit, weniger Staat ist eher das Motto des Freisinns. Hier geht es nun darum zusätzliche Instrumente zu schaffen, welche unseres Erachtens nicht notwendig sind. Wir stützen uns hierbei auf die Aussagen von Dr. Daniel Arn. Diesen kann man immer beziehen, wenn man nicht sicher ist, ob es sich bei einem parlamentarischen Vorstoss um eine Richtlinienmotion, eine Motion, ein Postulat oder ein anderes parlamentarischen Instrument handelt. Er kann bestens helfen und kennt die Materie sehr gut. Ich selber frage ihn auch zwischendurch an. Ich möchte mich hier stark machen, dass wir dieses Instrument nicht einführen, sondern zurückgehen auf Feld 1 und alles belassen wie es heute ist. Es heisst hier deutlich, dass es keine exakte Wissenschaft ist. Wir werden auch bei Einführung von Richtlinienmotionen nie ganz sicher sein ob es den nun wirklich eine ist oder nicht. So wie es angedacht ist, kann der Gemeinderat trotzdem darüber befinden. Somit sind wir wieder gleich weit. Wir halten es für richtig, dass man dieses Geschäft nicht überweist und dass man für dieses Geschäft keine Gemeindeabstimmung durchführt. Es ist unnötig und löst kein Problem. Wir können weiterfahren wie bis anhin. Wie oft hat sich in der Geschichte des Parlaments von Zollikofen ein solcher Fall ereignet? Ich bin nun 10 Jahre dabei und in dieser Zeit gab es vielleicht 3 Fälle, bei welchen es

Zweifel gegeben hat. In 90 % aller Fälle waren die eingereichten Motionen rechtlich korrekt. Nur bei einem Bruchteil war man sich nicht sicher. Bei Motion bezüglich RBS-Haltestelle konnten wir nichts machen, die Motion bezüglich der Mobilfunkantenne lag auch in der Autorität des Gemeinderates. Es gibt noch einzelne weitere solche Vorstösse. In solchen Fällen könnten man Daniel Arn zu Rate ziehen und ihn Fragen ob es sich nun um eine Richtlinienmotion handelt oder nicht. Es ist unserer Ansicht nach unnötig eine Volksabstimmung durchzuführen und neue Instrumente und Paragraphen einzuführen. Wir haben es erlebt, dass kürzlich auf eidgenössischer Ebene Instrumente, welche nicht benützt oder keinen Sinn machen, abgebaut werden. Unser Votum ist klar. Dieses Instrument braucht es nicht. Wieder zurück auf Feld 1 und alles belassen wie es heute ist.

Thomas Ackermann, CVP: Werter Präsident, werte Ratsmitglieder. Die Meinungen zu diesem Geschäft sind in der CVP Fraktion geteilt. Einerseits bietet die Richtlinienmotion einen Ausweg an, wenn es eine Auseinandersetzung um die Frage der Zulässigkeit von Motionen gibt, verbunden mit unterschiedlicher Ansicht über die Zuständigkeit. Es wurde bereits angetönt, dass die Stadt Bern und der Kanton Bern die Richtlinienmotion bereits kennen und scheinbar keine Probleme damit haben. Nun kommt das Aber, und dies geht in Richtung von Roland Stucki. Andererseits stellt sich die Frage der Verhältnismässigkeit. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, ich bin dem noch nachgegangen, dass die Zuständigkeit in fast allen Fällen unbestritten war. In den letzten 5 Jahren gab es gemäss meinen Nachforschungen lediglich 3 Fälle. Ich erwähne diese einmal: Die Motion Hans Peter Baumann, SVP, betreffend Vorgaben für die Budget-Planungsperiode 2009-2010, dies war an der GGR-Sitzung vom 16. Januar 2008. Dann die Motion Edgar Westphale betreffend Planungszone für Mobilfunkantenne an der GGR-Sitzung vom 20. August 2008. An der gleichen Sitzung wurde die Motion von Toni Oesch betreffend Schaffung einer Planungszone für Mobilfunkantennen und Ergänzung des Baureglementes eingereicht. Alle Fälle wurden im 2008 eingereicht. Vorher und nachher gab es offenbar keine Probleme. Lassen wir die Vernunft walten. Lassen wir die Aversion gegen den Gemeinderat beiseite und überlegen uns: Ist die Einführung der Richtlinienmotion wegen den wenigen Diskussionsfällen die Kosten der notwendigen Volksabstimmung wert? Die Durchführung einer Volksabstimmung kostet Fr. 15'000.00. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass dieses Geschäft beim Stimmvolk auf Interesse und Verständnis stossen wird. Die Mehrheit der CVP Fraktion ist für die Beibehaltung des Status Quo.

Bruno Vanoni, GFL: Die GFL unterstützt den Antrag des Ratsbüros und dankt seinen Mitgliedern herzlich für die gründlich erarbeitete Vorlage. Es ist ein gutes Zeichen für Transparenz, dass sie auch die kritische Stellungnahme des Gemeinderechts-Spezialisten Daniel Arn vollständig abgedruckt hat. Er hat sich schon im Kommentar zum Gemeindegesetz entsprechend kritisch geäussert. Man weiss, Daniel Arn ist kein Freund der Richtlinienmotion. In seiner Stellungnahme hat er aber auch klar aufgeführt, dass dies kein juristischer Befund sei sondern eine Frage, welche man politisch entscheiden muss. Diesen politischen Entscheid dürfen wir heute Abend in einer ersten Runde fällen. Wir können uns dabei an den guten Erfahrungen, welche man auf Kantonebene und in anderen Gemeinden mit der Richtlinienmotion gemacht hat. Die vorgeschlagene Lösung entspricht auch einem alten Anliegen der GFL. Die GFL hat schon im Jahr 2005, damals war ich noch nicht dabei, bei der Erarbeitung der Geschäftsordnung des GGR auf eine Lösung für das Problem der unechten Motionen hingewirkt. Bei dieser Frage geht es nicht um eine Aversion gegen den Gemeinderat oder um einen Konflikt mit dem Gemeinderat. Die Grundfrage ist die Folgende: Soll das Gemeindeparlament als höchstes Gremium der Gemeinde, eine beschränkte Einflussmöglichkeit auf den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates haben. Wenn wir davon ausgehen, dass das Parlament über dem Gemeinderat steht, und die beiden Gremien nicht einfach getrennt für sich arbeiten, muss man diese Problem lösen. Wie

man dieses Problem lösen kann, dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wir finden die Richtlinienmotion ist die bessere Lösung als die Idee eines Gremiums, welche das Büro GGR zu Recht verworfen hat. Aber ich gebe den Kritikern gerne Recht. Das Problem wird nicht ganz gelöst aber immerhin entschärft. Das Problem wird deshalb nicht gelöst, weil weiterhin der Gemeinderat sagen kann, ob eine Forderung in seinem Zuständigkeitsbereich fällt oder nicht. Wir möchten den Gemeinderat deshalb bitten, seinen Zuständigkeitsbereich in Zukunft nicht auszuweiten, indem er entsprechende Stellungnahmen bei Motionen abgibt. Wie er dies unseres Erachtens an der letzten GGR-Sitzung bei der Motion des Umweltkonzeptes gemacht hat. Das wäre nun bereits das vierte Beispiel zu den drei Beispielen, welche Thomas Ackermann genannt hat. Wir möchten den Gemeinderat auffordern, Motionen im Zweifelsfall weiterhin als echte Motionen zuzulassen und nur dort in eine Richtlinienmotion umzuwandeln wo diese eindeutig in seinen Zuständigkeitsbereich eingreift. Die GPK oder auch das Ratsbüro sollten ein waches Auge darauf werfen. Vielleicht noch zur Frage der Verhältnismässigkeit bezüglich einer Volksabstimmung. Ich finde es wichtig, dass die Verfahren und Vorgänge in einer Demokratie, in welcher verschiedenen Gremien mit verschiedenen Zuständigkeiten vorhanden sind, klar geregelt sind. Ich finde es normal, dass man zu dieser Thematik nicht ein zusätzliches Abstimmungsdatum ansetzen wird. Man wird diese Frage zur Abstimmung bringen, wenn ohnehin eine weitere Gemeindevorlage zur Abstimmung gebracht wird.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es wurden bereits viele gute Argumente vorgebracht, zum Beispiel das Votum von Mirjam Veglio im Namen des Büro GGR. Darin sind gute Aspekte vorhanden. Die Ausführungen von Bruno Vanoni sind ebenfalls richtig. Wir reden hier über einen Bereich der Zusammenarbeit des Parlaments mit der Exekutive. Es geht überhaupt nicht um die Einführung eines neuen Instrumentes. Es geht darum, wie künftig mit Motionen umgegangen werden soll, welche allenfalls unechte Motionen sind, welche in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates fallen. Die Behandlung einer solchen Motion als Richtlinie durch die Exekutive ist eigentlich eine intelligente Lösung um im Zweifelsfall damit umgehen zu können und allenfalls gute Ideen aufzunehmen und umsetzen zu können. Das Umgehen von Motionen als Richtlinien hat sich schon dutzend- und hundertfach bewährt auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Das ist nichts Neues. Es wäre praktisch wenn man dies in Zollikofen auch einführen könnte. Es wäre der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Gemeinderat zuträglich. Ich bin nicht kompetent in juristischen Fragen. Ich habe mich ein wenig in den Gesetzen umgesehen. Ich habe die Geschäftsordnung des Grossen Rates konsultiert, dort sind die Abläufe klar geregelt. Es gab noch nie ein Problem, wenn die Regierung erklärt hat, dass eine Motion als Richtlinie behandelt wird. Noch nie hat der Grosse Rat gesagt, dass dies nicht in Frage käme. Es ist zur Kenntnis genommen worden. Ich bin kein Jurist und habe allenfalls zu wenig Abklärungen getroffen um eine entsprechende gesetzliche Grundlage zu finden. Ich bin der Ansicht, dass es reicht, wenn dies in der Geschäftsordnung unseres Parlamentes festgehalten wird. Ich möchte die Kompetenz von Herrn Arn überhaupt nicht anzweifeln. Er ist womöglich der beste Jurist im Bereich des Gemeinderechts. Aber ich möchte dem Gemeinderat, bei der Umsetzung des noch zu treffenden Beschlusses noch auf den Weg geben, dass er dies noch mal abklären sollte. Ist eine Änderung der Gemeindeverfassung wirklich zwingend nötig? Was im neuen Absatz 2 von Artikel 49 der Gemeindeverfassung zu stehen kommen soll ist eigentlich Gemeinwissen. Es ist absolut nichts Neues. Es heisst in Absatz 2 von Artikel 49: "Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu". Wie gesagt, dies ist hundertfach bewährt. Auf Kantons- und Bundesebene liegen entsprechende Materialien dazu vor. Ich frage mich wirklich, ob wir das Volk mit dieser Frage belästigen müssen. Es geht um die Zusammenarbeit des Parlaments mit dem Gemeinderat. Aber wenn es nötig ist, wenn man dies entsprechend abgeklärt hat, kann man dies dem Volk auch entsprechend erklären.

Hans Peter Baumann, SVP: Ich möchte hier nur noch ergänzend feststellen, dass es hier nicht um ein zusätzliches Instrument geht. Es ist der normale Verlauf, welcher regelt, was geschieht, wenn das Parlament in den Zuständigkeitsbereich der Exekutive motioniert. Das wollen wir. Es ist schon einige Male erwähnt worden, dass dieses Vorgehen in verschiedenen Gremien ohne Probleme durchgeführt wird. Ich kann dies ebenfalls bestätigen. Auch die weitere Bearbeitung der Richtlinienmotionen bereitet keinerlei Schwierigkeiten. Ich möchte euch eindringlich bitten, nehmt diese Gelegenheit wahr. Man kann dies nicht nur an der Menge der Motionen, welche effektiv Richtlinienmotionen wären, messen. An der GGR-Sitzung vom letzten August hat Andreas Byland ausgeführt, dass der Auslöser wohl eine Motion sei, über deren Weiterbehandlung das Parlament eine Stunde beraten hat, ohne dass etwas zur Materie gesagt wurde. Jedes Parlamentsmitglied könnte Beschwerde führen somit würde das Geschäft juristisch beurteilt. Die Frage ist, wollen wir das? Wollen wir ausserparlamentarische Entscheide erzwingen, nachdem die Motion allenfalls schon behandelt wurde. Allenfalls stellt die Behörde, welche die Motion beurteilt, dann fest, es sei gar keine Motion. Und genau solche Situationen wollen wir verhindern. Ich bin der Ansicht, dass das Volk diese Problematik verstehen würde. Sollte das Volk Nein sagen, arbeiten wir einfach wie bisher weiter. Es ist ganz klar, dass wir die vorgegebenen demokratischen Vorgänge gehen müssen. Ich bitte euch, dies ist auch die Meinung der SVP, unterstützt die Variante der Richtlinienmotion. Wir werden sehen, wie das Volk entscheidet.

Präsident: Somit haben wir den Kreis der Fraktionen abgeschlossen. Sind aus dem Rat weitere Wortmeldungen?

Toni Oesch, FdU: Der Grosse Gemeinderat von Zollikofen besteht nun seit rund 50 Jahren. Ich bin nun über 40 Jahre mit dabei. Wenn man nicht sicher war ob eine Motion zulässig war, hat man diese einfach in ein Postulat umgewandelt. Man hat immer den gesunden Menschenverstand walten lassen. Ich befürchte, dass bei Einführung der Richtlinienmotion Probleme entstehen werden mit denen sich schlussendlich Juristen befassen werden. Es wird wieder eine zusätzliche Vorschrift eingeführt. Das Volk wird sich fragen, welche Probleme im Grosse Gemeinderat behandelt werden. Ich denke es wird eine sehr schwache Stimmbeteiligung geben und das Stimmvolk wird sich fragen weshalb man Fr. 15'000.00 für diese Volksabstimmung ausgegeben hat. Es wäre gut, wenn man diese Problematik hier im Parlament lösen könnte. Aber es würde dann fast so aussehen als ob man das Stimmvolk umgehen würde. Aus diesem Grund muss man eine Volksabstimmung durchführen, aber die Vorlage wird wohl von den wenigsten Bürgern verstanden werden

Präsident: Werden noch weitere Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich erteile das Wort für die Schlussbemerkungen der Vertreterin des Ratsbüros.

Mirjam Veglio, Büro GGR: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Bereits im Vorfeld der Sitzung wurden Bedenken geäussert, wie es Hans-Jörg Rhyn auf den Punkt gebracht hat, ob es denn wirklich eine Volksabstimmung brauche. Und braucht es eine Änderung auf Verfassungsstufe? Ich bin wie Hans-Jörg Rhyn juristisch nicht sehr beschlagen und kann dies schlicht nicht beurteilen. Es ist natürlich klar, dass man für dieses Geschäft nicht eine separate Abstimmung durchführen würde. Es ist vorgesehen, dass man dieses zusammen mit dem Budget im Herbst zur Abstimmung bringen würde. Wer der Meinung ist, dass man die Änderung lediglich in der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vornehmen sollte, könnte nun in der Abstimmung dem Antrag B nicht zustimmen. Somit würde er aussagen, dass die Änderung nicht zu Handen der Stimmberechtigten verabschiedet würde. Im Antrag A würde dann der Punkt 2 selbstverständlich wegfallen. Wenn die Mehrheit so abstimmen würde, würde man die Änderung lediglich in der Geschäftsordnung des Grossen Gemein-

derates vornehmen. Wir vom Büro GGR sind der Meinung es braucht eine solide Rechtsgrundlage und dies beinhaltet nach Expertenmeinung eine entsprechende Änderung auf Verfassungsstufe. Aber es ist und bleibt eine politische Entscheidung und das Parlament kann Ja oder Nein dazu sagen.

Präsident: Wir kommen zur Detailberatung der Änderungen der Rechtsgrundlagen. Als erstes stelle ich die Geschäftsordnung zur Diskussion. Hier wird der Artikel 35 überarbeitet. Konkret nur Absatz 2 und 3, der erste Absatz bleibt unverändert.

### **Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GOGGR)**

**Art. 35** <sup>1</sup> *Jedes Mitglied des Grossen Gemeinderates und die Fraktionen können mit einer Motion das Begehren stellen, dass der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat ein bestimmtes Geschäft aus dem Zuständigkeitsbereich der Stimmberechtigten oder des Grossen Gemeinderates zum Beschluss unterbreitet. (unverändert)*

<sup>2</sup> *Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.*

<sup>3</sup> *Motionen mit Richtliniencharakter werden nach der Behandlung der gemeinderätlichen Berichterstattung im Parlament stillschweigend abgeschrieben.*

Präsident: Werden aus dem Parlament Bemerkungen, Änderungen, Ergänzungen zu den Absätzen 2 bzw. 3 gestellt? Das ist nicht der Fall. Wir kommen nun noch zur Detailberatung hinsichtlich der Änderung der Gemeindeverfassung. Hier ist Absatz 2 von Artikel 49 betroffen.

### **Gemeindeverfassung (GV) (Änderung)**

**Art. 49** <sup>1</sup> *Jedes Mitglied des Grossen Gemeinderates kann mit einer Motion das Begehren stellen, dass der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat ein bestimmtes Geschäft aus dem Zuständigkeitsbereich der Stimmberechtigten oder des Grossen Gemeinderates zum Beschluss unterbreitet (unverändert).*

<sup>2</sup> *Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.*

Hans-Jörg, Rhyn, SP: Ich habe keinen Antrag gestellt, dass man auf diesen Artikel verzichten solle. Ich habe nur die Frage aufgeworfen, ob man nicht noch einmal Herrn Arn oder noch eine höhere Koryphäe Fragen möchte, ob es wirklich eine Änderung der Gemeindeverfassung braucht. Bevor ein anderer Jurist den Stimmbürgern erzählt, dies sei gar nicht nötig. Aber ich unterstützte das Büro, dass man vorsichtig ist und eine solche Volksabstimmung durchführt. Und wenn man keine separate Volksabstimmung durchführt, dürfte es auch kein Kostenproblem sein. Ich finde eine Verfassungsänderung fraglich. Aber ich stelle keinen Antrag und bin der Meinung, dass das Geschäft gut vorbereitet ist und man diesem zustimmen sollte.

Bruno Vanoni, GFL: Bei der letzten Beratung dieses Themas bezüglich der Motion Baumann, hat sich auch die GPK mit dieser Frage beschäftigt. Ich habe dieses Geschäft für die GPK vorbereitet. Ich habe im Grossen Gemeinderat, im Namen der GPK, darauf hingewiesen, dass man gründlich prüfen muss ob es eine Volksabstimmung braucht. Seitens der GPK hatten wir den Eindruck, eine Volksabstimmung sei notwendig. Der Grund weshalb wir diesen Eindruck gewonnen haben ist Folgender: Als wir die Gemeindeverfassung erarbeitet haben, hat man in der Botschaft zur Gemeindeverfassung Folgendes geschrieben: " Unehete Motionen, welche ein Geschäft aus dem Zu-

ständigkeitsbereich der Exekutive zum Gegenstand haben sind nicht möglich und damit ungültig." Weil man dies dem Verfassungsgeber damals so mitgeteilt hat, muss man nun den Verfassungsgeber fragen, ob er einverstanden ist, wenn man dies nun abändern will. So gesehen bin ich der Auffassung, dass wir Herrn Arn nicht noch einmal zu belästigen brauchen. Er hat vielleicht noch andere Fragen aus unserer Gemeinde zu klären. Aber diese Frage, denke ich, können wir nun selber entscheiden.

Präsident: Die Voten sind erschöpfend ausgeführt worden, wir schreiten nun zur Abstimmung.

### Abstimmung:

**Der Rat beschliesst grossmehrheitlich:**

#### A) In eigener Kompetenz

1. **Die Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wird genehmigt.**
2. **Das Ratsbüro wird beauftragt, die Botschaft für die Stimmberechtigten zu entwerfen und dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.**
3. **Die Motion Hans Peter Baumann betreffend "unechte Motionen" wird als erfüllt abgeschrieben.**

**Der Rat beschliesst mit 27 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung (anwesende Ratsmitglieder 37, Vorsitz stimmt nicht mit):**

#### B) Zuhanden der Stimmberechtigten

4. **Die Änderung der Gemeindeverfassung wird genehmigt.**

---

56      33.133.      Verkehrsberuhigungsmassnahmen

#### **Sanierung Wahlacker- und Schulhausstrasse; Abrechnung Verpflichtungskredit**

Präsident: Eintreten ist gemäss Art. 24 GOGGR vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Miriam Veglio, GPK: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die GPK hat zwei Bemerkungen zu dem Geschäft. Die GPK bemängelt, dass die Teuerung im Nachkredit des Gemeinderates vom 13. März 2006 nicht einkalkuliert worden ist. Der Vorschlag der GPK für eine mögliche Systemverbesserung geht in die folgende Richtung: Zukünftig sollen Kreditvorlagen als Preisbasis erklärt werden anschliessend wird definiert, welcher Teuerungsindex verwendet werden soll. Die zweite Bemerkung betrifft auf Seite 5 die Stellungnahme der Finanzkommission und zwar der Abschnitt "Abrechnung Verpflichtungskredit". Hier kann man nachlesen: "Die Finanzkommission bezweifelt, ob diese Eigenleistungen in dieser Höhe richtig ausgewiesen sind (es wird vermutet, dass diese höher gewesen sind)". Die GPK ist der Meinung, dass diese Aussage für einen Bericht und Antrag unwürdig ist. Es stellt eine Vermutung, gar eine Unterstellung dar und ist keineswegs ein Fakt. Künftig müssen solche Inhalte abgeklärt werden und in die Stellungnahme nur noch Fakten einfließen.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Herr Präsident, werte Damen und Herren. Der Vorschlag der GPK betreffend die Teuerungsberücksichtigung nehme ich gerne als Anregung entgegen.

Präsident: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Denise Mellert, CVP: Werter Präsident, geschätzte Anwesende. Das Geschäft stand, wie es in der Stellungnahme der Finanzkommission bereits bemerkt ist, wahrscheinlich wirklich unter einem schlechten Stern. Unglückliche Auswahl der Baufirma, etliche bauliche Fehler, ein Nachkredit in der Höhe von Fr. 130'000.00. Das der, bereits im GGR monierte Lattenzaun doch noch nachträglich erstellt werden musste und zu Mehrkosten geführt hat, wird mit einer sehr späten Rechnungslegung und einer Kostenüberschreitung von fast Fr. 60'000.00 abgerundet. Die CVP hat es gefreut, dass die baulichen Massnahmen tatsächlich zu einer Beruhigung des Verkehrs beigetragen haben. Handelt es sich hierbei doch um einen sensiblen Bereich, in welchen Kindergartenkinder und Schülerinnen und Schüler immer wieder in Konflikt mit dem motorisierten Verkehr geraten sind. Die CVP Fraktion hat von der Abrechnung Kenntnis genommen und unterstützt die vorgetragenen Massnahmen der GPK zur künftig verbesserten Abwicklung von solchen Geschäften.

Präsident: Das Wort ist weiter offen für die Fraktionen. Wird nicht ergriffen. Das Wort ist für alle Ratsmitglieder offen. Das Wort wird nicht verlangt. Somit kann ich Folgendes feststellen:

**Die Bauabrechnung im Betrag von Fr. 1'746'968.05 mit einer Kostenüberschreitung von Fr. 59'968.05 oder 3.6 % gegenüber dem bewilligten Kredit von Fr. 1'687'000.00 wird zur Kenntnis genommen.**

---

57 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Einfache Anfrage Hans Peter Baumann betreffend koordinierter Aushang der Wahlplakate; Antwort**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Damit ist diese einfache Anfrage erledigt.

Am 28. April 2010 hat Hans Peter Baumann im GGR folgende einfache Anfrage eingereicht:

*Die Gemeinde Zollikofen bietet den Parteien/Wählergruppen für die Wahlen einen koordinierten Aushang der Wahlplakate an. Die Plakate werden an sieben Standorten aufgestellt und die Gemeinde verrechnet pro F4 Plakat Fr. 50.00 (exkl. MWSt.). Die Plakate müssen rund 14 Tage vor Aushang der APG nach Zürich geliefert werden.*

*Anlässlich der Regierungsrats- und Grossratswahlen 2010 wurde festgestellt, dass nicht ortsansässige Parteien leere Politstände für wilde Plakatierung missbrauchten. Trotz Intervention bei der Gemeinde und mündlicher Zusage, dass die fraglichen Plakate entfernt werden, wurde nichts unternommen.*

*In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen:*

1. *Warum wurde nichts unternommen?*

2. *Ist der Gemeinderat nach wie vor der Ansicht, den Service exklusiv den ortsansässigen Parteien zur Verfügung zu stellen (sofern sich diese schriftlich anmelden)?*
3. *Was gedenkt die Gemeinde künftig zu unternehmen, um die wilde Plakatierung an den Politständern zu verhindern?*

## **Antwort**

### Frage 1

Im Schreiben an die Ortsparteien vom 3. Dezember 2009 waren unter anderem die Bedingungen für den Wahlplakat-Aushang aufgeführt. Es wurde ausgeführt, dass der Ersatz beschädigter Plakate Sache der betroffenen Parteien sei. In konsequenter Weiterführung dieser Bedingung ging der Gemeinderat davon aus, dass das Entfernen von nicht erlaubten Wahlplakaten die Sache der Ortsparteien oder allenfalls der APG sei. Dieser Punkt wurde mit der APG besprochen. Bei den stationären Plakatständern der APG ist es tatsächlich so, dass unerlaubt angebrachte Publikationen durch die APG entfernt werden. Bei speziellen mobilen Mietständern ist es so, dass es der APG personell nicht möglich ist diese regelmässig zu kontrollieren, schon gar nicht bei Wahlen und Abstimmungen.

### Frage 2

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Service des Wahlplakat-Aushanges nach wie vor exklusiv den ortsansässigen Parteien zur Verfügung gestellt werden soll.

### Frage 3

Am 13. April 2010 fand ein Treffen eines Vertreters der APG Bern und des Gemeindegliederschreiber-Stellvertreters statt, um diese Problematik zu besprechen. Der Vertreter der APG hat Vorschläge zur Verhinderung der wilden Plakatierung gemacht. Sollte erkennbar werden, dass sich leere Flächen bei den Politständern ergeben, könnte unter den angemeldeten Parteien eine Verlosung um diese Fläche durchgeführt werden. Diejenige Partei welche die Verlosung gewinnt, könnte die Fläche gratis benützen. Eine weitere, allenfalls ergänzende Massnahme wäre das Anbringen der geltenden Vorschriften an den Politständern. Somit wäre für jedermann erkennbar, dass nur die angemeldeten Parteien berechtigt sind die Politständer zu benützen. Der Gemeinderat wird, sollte es notwendig werden, von den aufgeführten Massnahmen Gebrauch machen.

Die Massnahmen kommen nur zum Tragen, falls leere Politständer vorhanden sind. Andernfalls sind keine Massnahmen zu treffen.

## **Anmerkung**

Mit den Parteien, welche unerlaubterweise Plakate angebracht haben, wurde Kontakt aufgenommen. Es wurden Ihnen die Bedingungen des Plakat-Aushanges erläutert. Die Parteien versicherten, dass es Ihnen leid täte und sie selbstverständlich bereit wären einen entsprechenden Beitrag für die Benützung der Plakat-Ständer zu bezahlen. Somit wird sich der Betrag der Ortsparteien für die Benützung der Plakat-Ständer, um den Betrag reduzieren, welche die nicht angemeldeten Parteien einbezahlen werden.

---

58      1.92.      Parlamentarische Vorstösse

### **Einfache Anfrage Toni Oesch betreffend Umbau des Verwaltungsgebäudes; Antwort**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Damit ist diese einfache schriftliche Anfrage erledigt.

Am 28. April 2010 hat Toni Oesch im GGR folgende einfache Anfrage eingereicht:

*Der Gemeinderat wird um Auskunft gebeten, ob*

- 1. statt im Erdgeschoss mehr Platz für Ausstellungen und Baupläne geschaffen werden soll, auch ausserhalb des Verwaltungsgebäudes eine Lokalität zur Verfügung steht.*
- 2. es nötig ist, das Obergeschoss um 142 m<sup>2</sup> zu erweitern; denn der kleine Raumgewinn ist kaum mit den Baukosten vereinbar,*
- 3. abgeklärt wurde, statt des grösseren Konferenzraums im Obergeschoss, auch ausserhalb des Verwaltungsgebäudes ein Raum dazu benützt werden kann,*
- 4. statt eines Anbaus mit Lift für Behinderte, ein rollstuhlgängiger Treppenlift genügt,*
- 5. Behinderte überhaupt einen Lift beanspruchen; denn nach den Erfahrungen genügen die Büros im Erdgeschoss für Besprechungen.*

### **Antwort**

Der Grosse Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 24. Februar 2010 den Verpflichtungskredit zur Sanierung des Verwaltungsgebäudes zurückgewiesen. Bei einer Neuauflage des Geschäftes sollen unter anderem auch die oben gestellten Fragen beantwortet werden. Aus diesem Grund kann erst im überarbeiteten Projekt detailliert auf die Fragen eingegangen werden.

#### Frage 1

Eine externe Lokalität für Planaufgaben, Vernehmlassungen und Mitwirkungen wurde nicht geprüft. Aus Sicht der Kundenfreundlichkeit (Öffnungszeiten, Ansprechpersonen) wird dies auch nicht angestrebt.

#### Frage 2

Im zurückgewiesenen Projekt war die Erweiterung notwendig, um die Raumbedürfnisse abzudecken. Ausserdem ist es aus energietechnischer Sicht sinnvoll.

#### Frage 3

Aus organisatorischer und damit auch aus ökonomischer Sicht macht es wenig Sinn, Sitzungen extern abzuhalten.

#### Frage 4/5

Die Empfehlung der Kantonalen Kommission zur Wahrung der Interessen der Behinderten im Bauwesen für "die behindertengerechte Ausführung von Bauten und Anlagen" hält Folgendes fest:

"Art. 23 Abs. 1 Bst. a Baugesetz des Kantons Bern (BauG) verlangt bei Bauten und Anlagen mit erheblichem Publikumsverkehr, dass Behinderte zu allen Publikumsräumen Zugang erhalten. Liegen diese Räume nicht im Erdgeschoss, heisst dies, dass ein Lift eingebaut werden muss, unbesehen von der Anzahl Vollgeschosse."

Die Behindertengängigkeit muss für alle Betroffenen gewährleistet werden. Dies betrifft neben den Kundinnen und Kunden auch die Mitarbeitenden und Behörden (Gemeinderat, Kommissionen). Es ist nicht möglich alle betroffenen Räumlichkeiten (Büros, Sitzungszimmer) im Erdgeschoss anzuordnen.

---

59 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Einfache Anfrage Armin Röthlisberger betreffend Tischtennistisch bei Türmlischulhaus; Antwort**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Damit ist diese einfache Anfrage erledigt. Armin Röthlisberger möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Armin Röthlisberger, SVP: Ich möchte mich nicht länger profilieren, meine Fragen wurden beantwortet.

Am 28. April 2010 hat Armin Röthlisberger im GGR folgende einfache Anfrage eingereicht:

*Seit Monaten steht vor dem Türmli - Schulhaus ein neuer Tischtennis - Tisch. Dieser ist verpackt und steht auf einer Palette. Man kann diesen nun einfach auf einen Rollwagen aufladen und abtransportieren. Es könnten sich aber auch Vandalen daran zu schaffen machen.*

*Ich habe diesbezüglich folgende Fragen an den Gemeinderat:*

- 1. Wem gehört dieser Tisch?*
- 2. Wer ist dafür verantwortlich, dass dieser Tisch endlich aufgestellt wird?*

**Antwort**

Frage 1

Der Tisch, welcher in der Woche 13 geliefert wurde, gehört der Einwohnergemeinde Zollikofen. Dieser wurde im Rahmen der bewilligten Voranschlagskredite 2010 (Konto 217.314.04 Unterhalt Plätze und Aussenanlagen) angeschafft.

Frage 2

Der Hauswart wurde durch die zuständige Bereichsleiterin Liegenschaften angewiesen, den Tischtennis-Tisch aufzustellen. Der Tisch wird bis zur Montage, die am 19. Mai 2010 erfolgt, in einem abgeschlossenen Raum aufbewahrt.

---

60 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Einfache Anfrage Hans Peter Baumann betreffend " Ist der Wasserverbund Regio Bern AG wirklich auf Kurs?"**

" In der Abstimmungsbotschaft vom 26.11.2006 war unter dem Punkt "Vorteile des Beitritts zur Wasserverbund Region Bern AG (WVRP AG)" unter anderem vermerkt, dass für Zollikofen mit der Neustrukturierung die Wasserversorgung kostengünstiger ausfallen und insgesamt zu einer stabilen Kostensituation führen werde.

Im letzten Jahr wurde durch den WVRB der Wasserbezug der Aktionäre um 10 Prozent verteuert und die Verzinsung des Aktienkapitals auf ein Prozent reduziert (ursprünglich 4 %). diese Veränderungen haben die Rechnung 2009 von Zollikofen mit zusätzlich rund 62'000.- Franken belastet. Diese Vorgänge lassen nichts Gutes erahnen. Dagegen schreibt der Verwaltungsratspräsident der WVRB AG im Jahresbericht 2008, dass wichtige Meilensteine in der längerfristigen Finanzierung gesetzt werden konnten.

---

In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die finanzielle Lage der WVRB AG?
2. Ist mit weiteren Preis-Erhöhungen des Wasserbezugs zu rechnen?
3. Sind weitere Massnahmen seitens der WVRB AG in Bezug auf die Fremd- und Eigenkapitalsituation zu erwarten?

Hans Peter Baumann

Zollikofen, 16. Mai 2010"

---

61 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Einfache Anfrage Toni Oesch betreffend Verwaltungsbericht 2009 (Kapitel 3 Bau) hinsichtlich Mobilfunkanlagen und Kreisel Kreuz und Bären.**

" Im Zusammenhang mit den Beratungen des Verwaltungsberichtes 2009 ergeben sich folgende Fragen:

1. Welche Firma hat die Messungen bei den Mobilfunkanlagen der Sunrise Communications AG an der Kirchlindachstrasse 54 und der Bernstrasse 180 durchgeführt?
2. Hat der Gemeinderat die Kosten für die Erstellung und die ausgeführten Reparaturen der beiden Kreisel "Kreuz" und "Bären" selber getragen oder wurden diese durch den Kanton übernommen?

sig. Toni Oesch

Zollikofen, 19.5.2010"

---

Präsident: Wir haben verschiedene Einfache Anfragen aus der Behandlung des Verwaltungsberichtes. Diese werden beantwortet. Zu der Frage von Roland Stucki habe ich einen kleinen Hinweis. Roland Stucki hat hinsichtlich der Motion Eva Baltensperger die Frage gestellt, wie das Resultat ausgefallen ist. Man kann dies auf Seite 10 des Verwaltungsberichtes nachlesen.

Roland Stucki, EVP: Das ist mir klar. Auf der vorderen Seite steht geschrieben, dass dieser Vorstoss überwiesen worden sei. Ich bin davon ausgegangen, dass das kursiv Geschriebene das Resultat darstellt. Und dieses Resultat stimmt nicht.

Präsident: Aber auf Seite 10 ist das Resultat aufgeführt worden. Waren dies die beiden einzigen?

Roland Stucki, EVP: Nein, es war noch der Vorstoss von Edith Vanoni, derjenige von Eva Baltensperger sowie ein dritter Vorstoss.

Präsident: Und welche noch? Wenn wir nicht wissen welche, können wir die Einfache Anfrage nicht beantworten.

Roland Stucki, EVP: Es waren effektiv diese beiden Anfragen.

Präsident: Das Resultat bezüglich der Motion Edith Vanoni kann man auf Seite 9 nachlesen. Sie wurde zurückgezogen.

Roland Stucki, EVP: Aber vorne ist es falsch aufgeführt.

Präsident: Möchtest du die Antwort noch in Schriftform?

Roland Stucki, EVP: Habe ich mit meiner Aussage Recht?

Präsident: Ja. Wir haben dies zur Kenntnis genommen. Aber wenn du dies in Schriftform möchtest, können wir dies gerne machen.

Roland Stucki, EVP: Nein das ist nicht nötig.

Präsident: Gut. Damit sind wir am Ende der heutigen GGR-Sitzung angelangt. Die nächste Sitzung findet am 30. Juni 2010 statt. Die Mitglieder des Büros möchte ich daran erinnern, dass wir am Donnerstag, 20. Mai 2010 um 13.00 Uhr auf der Gemeindeverwaltung eine Sitzung abhalten werden. Ich danke euch für die Mitarbeit während der heutigen Sitzung und wünsche einen schönen Abend.